

Abonnementpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:  
Breg. u. Neufayano 12.

Telephone:  
Tagesredaktion:  
26795, 31469.

Abonnement: 26792.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif  
billig berechnet. Bei öfteren  
Einschaltungen Preisnachschlag.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

10. Jahrgang.

Mittwoch, 22. Oktober 1930.

Nr. 249.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Zustellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Bezeichnet mit Ausnahme  
des Montags (täglich) 1930.

## Wahlvorbereitungen der Heimwehren?

Wien, 21. Oktober. (Eigenbericht.) Heute ist der Ständige Ausschuss zusammengetreten, um über einen Nachtragsgeldkredit von 300.000 Schilling für die Kosten der Wahlen zu beraten. Dabei brachte namens der Sozialdemokraten Otto Bauer die Konjunktionspraxis der Regierung zur Sprache, der sozialdemokratische Wahlplakat und Wahlflugblätter zum Opfer fallen. Er brachte einige solcher Flugblätter und Plakate zur Verlesung, die damit immunisiert sind.

Dann kam er auf die Wahlvorbereitungen der Heimwehr zu sprechen und teilte mit, daß im Gebiet der Alpenen Montane in Steiermark eine Musterung der Heimwehren durchgeführt wird, wobei die alten Heimwehrleute ausgeschieden und aus den jungen Sturmtruppen gebildet werden, die Übungen mit Gewehren vornehmen. Diese Leute wurden mit Knives, Messern, Dolchmessern und Revolvern ausgerüstet und es wurde ihnen mitgeteilt, daß sie an einem der nächsten Tage nach Wien und Niederösterreich abgehen sollen. Den Verheirateten wird dabei auch gesagt, sie seien versichert worden, damit ihre Frauen, wenn ihnen etwas geschehe, eine Rente bekommen.

Bauer sagte dann: Diese Leute glauben, Abenteuer vorzubereiten zu können, offensichtlich im Hinblick darauf, daß jetzt die wichtigsten Staatsämter unter der obersten Leitung eines dieser Abenteuer steht. Aber wir können erklären, daß jeder Versuch, den Wahlen vorzukommen oder sich gegen das Ergebnis der Wahlen aufzulehnen, leicht und sicher niedergeworfen werden wird.

Der Bundeskanzler erklärte ausweichend, er werde die Wahlen vollkommen verfassungsgemäß durchführen; die in das Ausland gedruckten Gerüchte entbehren angeblich jeder Grundlage.

## Wiener Anschlusskundgebung

mit Paul Löbe als Redner.

Wien, 21. Oktober. Der Wiener Vorstand der österreichischen sozialdemokratischen Partei hat für Sonntag, den 23. d. M. eine Anschlusskundgebung vor dem Wiener Rathaus einberufen, in welcher der Präsident des deutschen Reichstages, Paul Löbe und andere deutsche Sozialdemokraten sprechen werden.

## Neue Verhandlungen

im Berliner Metallarbeiterstreik.

Berlin, 21. Oktober (Eigenbericht.) Der Reichsarbeitsminister hat jetzt die Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter zu neuen Verhandlungen über den Kampf in der Berliner Metallindustrie eingeladen. Es ist anzunehmen, daß er den Versuch unternimmt, die Entscheidung auf einige Zeit hinauszuschieben. Ein Teil der Unternehmer ist dazu bereit, allerdings nur bis Anfang Dezember, weil sie bis dahin ihre Weihnachtsgelddrucke fertigstellen wollen. Die Gewerkschaften verlangen dagegen die Vertagung mindestens auf Jänner.

Die Streiklage hat sich bisher nicht geändert; die Gewerkschaften haben die Führung fest in der Hand. Da der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund den beteiligten Gewerkschaften die Unterstützung bei einer längeren Dauer des Streiks zugesagt hat, ist die Bewegung auch finanziell gesichert.

## Es geht wieder bergab.

Am Sonntag fanden im hamburgischen Landgebiet Gemeinde-, Stadtvertreter- und Landesausschuwahlen statt. Das Ergebnis dieser Wahlen ist insofern interessant, als es insbesondere die nationalsozialistische Bewegung nicht mehr auf einer aufwärtsstrebenden Linie zeigt. Im Hamburger Bezirk, der die Landgemeinden umfaßt, verloren die Nationalsozialisten im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen ein Drittel ihrer Stimmen vom 14. September, während alle anderen Parteien dem 10prozentigen Stimmenrückgang entsprechend 10 Prozent ihrer Stimmen einbüßten. Nur im Landkreis I konnten die Nazis ihre Stimmen vom 14. September einigermaßen behaupten.

## Fürchterliche Dynamitexplosion in einem westdeutschen Schacht.

Bisher 60 Tote. — 150 Mann noch eingeschlossen. — Widersprechende Ziffern.

Kachen, 21. Oktober. Der Wilhelmsschacht der Grube „Anna II“ bei Alsdorf wurde heute früh durch Explosion eines Dynamitlagers auf der 200 Meter Sohle zerstört. Die Explosion verschüttete mehrere hundert Bergleute. Der Förderer wurde umgeleitet und mehrere Häuser in Alsdorf zerstört. In der Grube kam ein Sprengstoffmagazin zur Explosion, wodurch die gesamte Grubenanlage zerstört wurde. Der Förderer ist eingestürzt. Jede Verbindung nach außen ist abgeschnitten. An den umliegenden Seilungsbauten sind zahllose Fenster Scheiben zertrümmert und Dächer abgedeckt worden. Sanitätssoldaten und Feuerwehr aus dem ganzen Landkreis Kachen eilten sofort zur Unglücksstelle. Man schätzt die Zahl der Toten und Verunglückten auf 200. Vorläufig wird versucht, von der Grube „Anna II“ aus, die mit dem Wilhelmsschacht durch einen unterirdischen Gang in Verbindung steht, zur Unglücksstelle zu gelangen. Man ist zunächst damit beschäftigt, die über Tage befindlichen Verunglückten fortzuschaffen. Die Detonation war in einem Umkreis von vielen Kilometern vernehmbar.

Das Oberbergamt Bonn teilte Dienstag 14 Uhr 15 Min. mit: Die Zahl der Toten hat sich bis jetzt auf 40 erhöht. Die genaue Feststellung der Zahl der Verunglückten ist deswegen besonders schwierig, weil die Markenkontrolle über Tage zerstört ist. Das Schachtförderhaus und die benachbarten Tagesanlagen bilden einen wilden Trümmerhaufen. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht genau ermittelt. Anzunehmen ist jedoch die Explosion eines Sprengstofflagers, da man Nachschwadern von Sprengstoffen hat riechen können. Die Untertagebelegschaft der Grube „Anna II“ in der heutigen Frühlicht belief sich auf 660 Mann, davon hatte der weitaus größte Teil die Grube bereits verlassen.

## Die ersten Toten.

Kachen, 21. Oktober. (Vom Sonderbericht-erstatte des Wolffbüros.) Von der Bergbehörde erfahren wir noch, daß Art und Ort der Explosion auf eine Sprengstoffentzündung schließen lassen. Soweit festgestellt werden konnte, ist die Wetterführung in Ordnung. Rettungsmannschaften und die Hilfsmannschaften der Feuerwehren der Nachbarschaft waren schon sehr früh zur Stelle. Die Einfahrt ist aber zur Zeit immer noch auf die benachbarten Gruben „Anna I“ und „Adolf“ beschränkt. Auf diesen Gruben sind vorfichtshalber die Belegschaften zurückgezogen worden. Unterdessen fahren hier auch schon Mannschaften der vom Unglück betroffenen Grube zutage, die schon die Verbindung der Gruben untereinander erreichen konnten. Viele davon haben sich sogleich nach Hause begeben, so daß zur Stunde eine Uebersicht über die Zahl der Geretteten und der noch eingeschlossenen fehlt. Es ist anzunehmen, daß die Hauptstätte des Unglücks das in der Nähe des Verwaltungsgebäudes liegende Sprengstofflager war, dessen Entzündung die ganze Anlage des Wilhelmsschachtes zerstörte. Der Förderer knickte in sich zusammen und fiel auf einen Teil des Verwaltungsgebäudes. Hier wurden auch die ersten Toten geborgen, und zwar ein Betriebsführer, ein Maschinenfahrteiger und eine im Verwaltungsgebäude beschäftigte Frau.

Die Rettungssoldaten suchten von den Nachbargruben „Adolf“, „Streiffeld“ und „Anna I“ aus zu der Unglücksstelle vorzudringen. Sie kamen aber nur sehr langsam vorwärts, da die Stollen teilweise eingestürzt waren. Gegen 5 Uhr nachmittags waren noch etwa 200 Bergleute auf der 460-Meter-Sohle eingeschlossen. Von den früh eingefahrenen 667 Bergleuten sind rund 400 auf benachbarten Schächten ausgefahren worden. Am Rettungswert beteiligten sich 200 Mann. Nach Aussagen von Geretteten soll ein Revier brennen. Die Vorküche von den benachbarten Gruben aus wurden unter Leitung des Bergrats Berse unternommen.

## 300 bis 400 Bergleute eingeschlossen?

Tote und schwerverletzte Beamte.

Kachen, 21. Oktober. (Vom Sonderbericht-erstatte des Wolffbüros.) Die Explosion erfolgte um 7 Uhr 20 Minuten. Allem Anschein nach handelt es sich um eine Dynamitexplosion. Der gesamte Schachtbau und der darauf stehende Förderer mit den in der näheren und weiteren Umgebung befindlichen Maschinenhäusern usw. sind eingestürzt. Unter den Bürogebäuden befand sich ein Benzolloger, das ebenfalls in die

Luft flog und das ganze Gebäude mitriß. Zur Zeit der Explosion waren in dem Gebäude etwa 30 Beamte tätig. Bis zur Stunde sind zwei Tote geborgen. Die übrigen Beamten sind mehr oder weniger schwer verletzt. Im unterirdischen Betriebe war die ganze Frühlicht und noch ein Teil der Nachtschicht tätig, so daß 300 bis 400 Bergleute eingeschlossen sind. Man versucht, von den Nachbargruben „Adolf“, „Streiffeld“ und „Anna I“ in Alsdorf an den Unglücksort heranzukommen. Im oberirdischen Betriebe ist die ganze Stätte ein wüstes Trümmerfeld.

Alsdorf, 21. Oktober. Bis 20 Uhr sind im ganzen etwa 60 Tote geborgen. Noch etwa 150 Mann sind in der Grube eingeschlossen. Nach Meinungen der Steiger sollen sich darunter auch noch Tote befinden. In Krankenhäusern sind bis jetzt 75 Mann untergebracht. Es wird versucht, eine Belegschaft in einem Blindschacht einzurichten, um an die abgeschlossenen Reviere zu gelangen. Die Verwaltung der Grube kann immer noch nicht genau angeben, wo sich die eingeschlossenen Leute befinden, da das Unglück über die Belegschaft hereinbrach, als sie sich vom Förderer vor Ort begeben wollte. Bis zu den Arbeitsstellen sind dabei Wege bis zu 45 Minuten zurückzulegen. Die Ursache des Unglücks ist immer noch nicht geklärt. Auch auf der 250-Meter-Sohle soll das Sprengstofflager in Ordnung sein.

Vor der Verwaltung der Grube stauen sich seit Stunden unentwegt die Angehörigen der noch vermißten Bergleute, um Nachrichten zu bekommen. Auch bei einbrechender Dunkelheit war die Unglücksstelle von vielen Besuchern besetzt. Die Aufräumarbeiten über Tage und die Versuche, zu den Eingeschlossenen vorzudringen, werden nach wie vor fortgesetzt.

## Keine Gefahr für die Eingeschlossenen?

Berlin, 21. Oktober. Wie vom Grubensicherheitsamt beim preussischen Handelsministerium verlautet, war der Hergang der Explosionskatastrophe auf dem Wilhelmsschacht der Grube „Anna II“ bei Alsdorf derart, daß die bei der Katastrophe gebildeten Gase zum größten Teil über Tage geschlagen sind. Nach menschlichem Ermessen besteht für die Leute, die noch unter Tage sind, keinerlei Gefahr mehr. Daß die unter Tage befindlichen Leute nicht längt an das Tageslicht gebracht worden sind, erklärt sich daraus, daß der Hauptfahrtschacht nicht mehr passierbar ist. Die Leute müssen aus mehrere Kilometer entfernten Schächten herausgeleitet werden, was natürlich geraume Zeit in Anspruch nimmt.

## Letzte Meldung: 95 Tote?

Berlin, 21. Oktober. Das Grubensicherheitsamt teilt mit: Bis 6 Uhr abends sind 420 Mann Belegschaft ausgefahren, 76 Mann befinden sich verletzt in den Krankenhäusern, tot geborgen sind 35 Mann, untertags befinden sich noch ungefähr 60 Tote. Die Bergungsarbeiten sind ununterbrochen im Gange. Die Ursache ist immer noch ungeklärt.

## Ein Schritt vorwärts.

Unter den vielen schweren Wunden, die der Bürgerblock der Bevölkerung schlug, haben wir immer die Zerstörung der Gemeindefinanzwirtschaft und der Gemeindeautonomie durch das Gesetz über die Neuordnung der Selbstverwaltungsfinanzen ganz besonders schwer empfunden. Denn mit diesem Gesetze traf die politische Reaktion und die antisoziale Wirksamkeit des Bürgerblocks nicht nur die Sozialpolitik, sondern auch die Autonomie an der empfindlichsten Stelle. Nach dem Umsturz haben die neu in die Gemeindefinanz eingezogenen Vertreter der Arbeiterklasse große kulturelle und soziale Leistungen vollbracht. In dem das Gemeindefinanzgesetz diese Tätigkeit unterband, hat es der Bevölkerung nicht nur schweren materiellen Schaden zugefügt, sondern auch der Demokratie ein Stück ihres lebendigen Inhalts geraubt. Darum war es seit ihrem Regierungseintritt das heisse Bemühen der Sozialdemokratie, hier Breche zu schlagen. Die Steuerentlastungen, die heute auf den Vätern der Abgeordneten liegen, beweisen, daß es gelungen ist.

Vor allem wird die Umlagendrosselung fühlbar gelockert. Die normale Höchstgrenze der Gemeindefinanz wird von 200 Prozent auf 250 Prozent erhöht, wobei Zuschläge bis 150 Prozent, früher nur bis 100 Prozent, überhaupt keiner Genehmigung bedürfen. Während bisher eine Ueberwälzung dieser Grenze bis zu höchstens 300 Prozent nur möglich war, wenn der volle Ertrag der Umlagen nicht einmal zur Deckung des Schuldendienstes ausreichte, wobei nur auf die bis Ende 1927 abgeschlossenen Darlehen Rücksicht genommen wurde und die Erhöhung nur soweit zulässig war, daß die Verzinsung und Tilgung der Darlehen durch die Zuschläge gerade noch gedeckt wurde, können jetzt Höchstzuschläge bis 300 Prozent eingehoben werden, wenn der Schuldendienst — ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der Abschließung des Darlehens — mehr als die Hälfte der Zuschläge erfordert, aber auch ohne Rücksicht auf die Verschuldung, wenn es die Gemeindevertretung mit Dreiviertel-Mehrheit beschließt. Zuschläge bis 350 Prozent können eingehoben werden, wenn der Schuldendienst für die bis 1. Jänner 1931 abgeschlossenen Darlehen, bei Beschlußfassung mit Zweidrittel-Majorität auch ohne diese zeitliche Beschränkung, den Ertrag aus Zuschlägen übersteigt. Die Bedingungen für die Zulässigkeit von 350 Prozent sind also weit weniger streng, als sie bisher für die Zulässigkeit von 300 Prozent gewesen sind. Die Bezirke dürfen unter den Bedingungen, unter denen 300 Prozent Gemeindefinanz zulässig sind, Zuschläge bis 150 Prozent einheben. So wird den Gemeinden und — wenn auch in geringerem Maße — auch den Bezirken eine immerhin stark ins Gewicht fallende Mehreinnahme verschafft, die besonders in den größeren Städten durch die gleichzeitige Erhöhung der besonderen Erwerbssteuer noch gesteigert wird.

Das ungeliebte Institut des Ausgleichsfonds wird abgeschafft. Die bisherigen Zuweisungen an den Ausgleichsfonds, vermehrt um das Erträgnis der Biersteuererhöhung, werden nun den Ländern zugewiesen, welche diese Mittel einheitlich verwalten. Die erhöhte Biersteuerzuweisung hat vor allem den Zweck, die Defizite der Länder zu decken, die so dringend notwendige Sanierung der Landesfinanzen in die Wege zu leiten; da aber die Gemeinden infolge der Erhöhung ihrer eigenen Einnahmen weniger als bisher auf Zuschüsse angewiesen sein werden, werden die Landesauschüsse weit besser in der Lage sein, den Anforderungen der Gemeinden und Bezirke zu entsprechen, als es bisher der Ausgleichsfonds gewesen ist. Die ungeheuerlichen Verschärfungen des Aufsichtsrechts werden beseitigt, den Selbstverwaltungskörpern im Wesen die Freiheit der Budgetierung wiedergegeben und dem Willen des Reichstages Gehalt geboten. Gewiß wird auch jetzt der Landesauschuss die Voranschläge der Bezirke und

Gemeinden prüfen, die Ausnützung der höchstzulässigen Umlagenhöhe, die Einführung von Gemeindeabgaben verlangen, ehe er Zuschüsse gewährt; aber er hat nicht mehr die Macht, die Voranschläge willkürlich und eigenmächtig zu ändern, er wird vielmehr mit den Gemeinden verhandeln müssen, er wird genötigt sein, die bürokratische Schablone zu durchbrechen und die Zweckmäßigkeit walten zu lassen, zumal das neue Gesetz den Ländern ausdrücklich vorschreibt, den Gemeinden die Erfüllung ihrer notwendigen Aufgaben zu ermöglichen — also keine Beschränkung auf die famosen Rechtsmittel — und darüber hinaus die Bezirke und Gemeinden beim Bau von Schulen, humanitären Anstalten, bei der Kanalisierung und Elektrifizierung, bei der Anlage von Wasserleitungen und Kommunikationen zu unterstützen. Hier fällt, da die Zuweisungen an die Bezirke und Gemeinden nunmehr Bestandteil des Landesbudgets werden, den Landesvertretungen eine wichtige Aufgabe und eine große Verantwortung zu. Sie werden in der Lage sein, das Ausblühen der lokalen Selbstverwaltungskörper wesentlich zu fördern, sie können zu Hütern und Vorkämpfern der Gemeindeautonomie werden. Gegen Willkür des Landesauschusses aber werden die Bezirke und Gemeinden dadurch geschützt, daß ihnen eine Mindestquote der Zuweisungen gesetzlich gesichert ist.

Eine dritte bedeutsame Maßnahme besteht in der Erleichterung der Aufnahme von Darlehen. Durch das Gemeindefinanzgesetz war es den Selbstverwaltungskörpern, deren Schuldenstand 50 Prozent der Zuschlagsbasis erfordert, nahezu unmöglich gemacht worden, neue Darlehen aufzunehmen, womit ihre Investitionstätigkeit ganz unterbunden wurde. Es bedeutet daher eine wesentliche Verbesserung, wenn es den Gemeinden ermöglicht wird, allerdings mit Zustimmung des Landesauschusses, zur Schaffung gemeinnütziger Einrichtungen Darlehen aufzunehmen, und wenn die Darlehensaufnahme auch für solche Einrichtungen ermöglicht wird, die aus Staats- oder Landesmitteln mit mindestens 25 Prozent subventioniert werden. Durch diese letztere Bestimmung wird dem Widerstand ein Ende gemacht, daß eine staatliche Behörde die Schaffung einer gemeinnützigen Einrichtung bewilligt, subventioniert, ja direkt vorschreibt, während eine andere Behörde die Mittel dazu aus dem Voranschlag streicht. Die Einführung der produktiven Arbeitslosenfürsorge erhält dadurch einen wesentlich erhöhten Wert. Das Gemeindefinanzgesetz hatte den Gemeinden nicht nur Einnahmen genommen, sondern auch noch neue Lasten auferlegt. Insbesondere das Verpflegungskostenfünftel, das früher eine mährische Spezialität war, wurde ungemein drückend empfunden, verschlang in finanziell schwachen Gemeinden einen großen Teil, in einzelnen Fällen den ganzen Ertrag der Umlagen. Das neue Gesetz schafft den Kostenbeitrag für Irrenanstalten ganz ab und beschränkt ihn für Krankenhäuser und Gebäranstalten auf die Dauer von vier Wochen.

Aus dieser knappen Darlegung der Grundzüge des neuen Gesetzes geht der große Wert der Reform, geben aber auch ihre Schranken deutlich hervor. Die Novelle bringt

nicht die Erfüllung unserer Wünsche, wie sie in der Brünner Resolution der Gemeindevertreterkonferenz niedergelegt wurden. Sie stellt die Gemeindefinanz nicht auf eine völlig neue Grundlage, wie wir es verlangt haben, sie macht nicht alles wieder gut, was der Bürgerblock an der Selbstverwaltung verbrochen hat. Unser Kampf geht daher weiter, er erhält durch den ersten Erfolg neuen Antrieb und neue Kraft. Und wir wollen diesen ersten Erfolg nicht unterschätzen. Die Fessel des Gemeindefinanzgesetzes ist nicht gesprengt, aber fühlbar gelockert. Die Desigite der Länder werden gedeckt, den Gemeinden und Bezirken ein Ausweg aus der katastrophalen Krise ermöglicht und neue Wirkungsmöglichkeiten erschlossen. Die Sozialdemokratie hat sich als treue Schützerin der Selbstverwaltung erwiesen, hat

## Gemeindefinanznovelle vorgelegt.

### Änderungen im Ausschuh wahrscheinlich. — Handelsvertrag mit Rumänien im Plenum.

Prag, 21. Oktober. Im Parlament wurden heute die drei bereits bekannnten Vorlagen zur Sanierung der Selbstverwaltungskörper (Novelle zum Gemeindefinanzgesetz, Biersteuer und Erwerbsteuer) sowie u. a. eine große Vorlage über die Errichtung eines Wasserwirtschaftsfonds aufgelegt und den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. Der Budgetausschuh erhielt keine Frist zur Beratung der Sanierungsvorlagen. Er wird morgen zwar die Vorlagen an die Referenten aufteilen, zur meritorischen Beratung dieser Vorlagen im Ausschuh wird es aber erst im Laufe der nächsten Woche, und zwar nach dem Staatsfeiertag, kommen. In parlamentarischen Kreisen ist man der Auffassung, daß die Vorlagen im Ausschuh noch verschiedene Änderungen erfahren werden, deren Umfang noch nicht feststeht.

Auf der Tagesordnung des Hauses steht der mit Regierungsverordnung vom 11. Juli d. J. bereits provisorisch in Kraft gesetzte

#### Handelsvertrag mit Rumänien.

Referent Louček hebt die große Bedeutung des Vertrages hervor, der einer der Grundpfeiler unserer Wirtschaftspolitik in Mitteleuropa sei. Unsere Ausfuhr nach Rumänien betrug heute in den ersten sieben Monaten 350 Millionen, die Einfuhr 316 Millionen. Referent Dr. Snídel erklärt, daß der Vertrag auf der Grundlage der Weisbegünstigung abgeschlossen sei, da die in der letzten Zeit ventilerte Frage von Präferenzzöllen noch nicht gelöst sei. In dem Vertrag sind unsere heuer beschlossenen Agrarzölle bereits enthalten; nicht minder wichtig seien die Zollherabsetzungen, die Rumänien unseren Industrieprodukten (Schuhe, Bekleidung, Porzellan, Eisenwaren usw.) gewährt. Das dem Vertrag beigefügte Veterinärabkommen sei für unsere Viehproduktion wichtig, weil es die Einschleppung ansteckender Viehkrankheiten verhin-dere.

Im Anschluß an die Vorlage entwickelt sich eine allgemeine Aussprache über die Wirtschaftslage analog der im Senat in der Vorwoche abgeführten Wirtschaftsdebatt.

Es sprechen Simm (Nat.-Soz.), dann Winbisch vom Bund der Landwirte. Letzterer findet, daß die Hauptkosten des Vertrages mit Rumänien die heimische Landwirtschaft zu tragen haben werde, da die rumänische Landwirtschaft viel billiger zu produzieren vermöge. Unsere Einfuhr von Agrar-

ihre wirtschaftliche, kulturelle und soziale Tätigkeit wirksam gefördert. Nun wird die Selbstverwaltung mit neuem Leben erfüllt und insbesondere den Vertretern der Arbeiterklasse auf erweitertem Kampffeld erfolgreiche Arbeit ermöglicht.

Es hat harte Arbeit und schweren Kampf gekostet, die bürgerlichen Parteien in der Koalition dazu zu bringen, daß nun die Mauer abgetragen wird, die sie, als Bestandteil des Bürgerblocks selbst errichtet haben. Nun wird der Kampf in den Gemeindestuben darum beginnen, daß die Vorteile des neuen Gesetzes in vollem Maße ausgenützt werden. Unsere Gemeindevertreter brennen darauf, sich in diesen Kampf zu stürzen. Wir haben einen Schritt vorwärts gemacht. Die Arbeiterklasse wird ihn zu würdigen und zu nützen verstehen.

produktions aus Rumänien wachse, die Ausfuhr von Industrieartikeln dagegen nehme ab; die Handelsbilanz werde vielleicht schon mit Jahreschluss passiv sein.

Sorphyka (D.-Nat.) findet wieder, daß der Vertrag für uns ganz günstig ausgefallen sei. Im übrigen kritisiert er sehr scharf die Politik des Außenministers.

Stejkal (sch. Nat.-Soz.) verweist u. a. darauf, daß wir nach Ungarn um 470 Millionen Textilien ausführen, und warnt davor, einen Wirtschaftskrieg mit Ungarn vom Jaun zu brechen, der zehntausende Arbeiter ums Brot bringen würde.

Nach dem Kommunisten Furán, der sich vorwiegend mit der Explosion in der Preßburger Munitionsfabrik beschäftigt, wird die Debatte abgebrochen. In einer zweiten Sitzung erfolgen die Zuweisungen der heutigen Vorlagen an die Ausschüsse. Ein kommunistischer Antrag, der Verteidigungsminister solle noch heute im Plenum eine Erklärung über die Preßburger Explosion abgeben, findet keine Mehrheit.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 23., um 3 Uhr nachmittags. Tagesordnung: Handelsvertrag mit Rumänien, Vertrag mit Polen über Leichen, Immunitäten. Der morgige Tag ist den Ausschüssen vorbehalten. Im Außen-ausschuh wird die Debatte über das letzte Venes-Exposé abgeführt werden.

### Errichtung eines Wasserwirtschaftsfonds.

Die Regierung hat im Abgeordnetenhause einen Gesetzesentwurf eingebracht, in dem die Errichtung eines Wasserwirtschaftsfonds analog dem Straßensfonds vorgeesehen ist. Aus dem Fonds, der die Mittel durch Anleihen verschafft, sollen in zwei Bauperioden, von denen die erste bis einschließlich 1941 reicht, während die zweite auf weitere fünfzehn Jahre sich erstrecken soll, die notwendigen wasserwirtschaftlichen Bauten durchgeführt werden. Die Kosten der ersten Bauperiode werden auf 2200 Millionen geschätzt, der Gesamtaufwand für beide Bauperioden auf etwa fünf Milliarden. In Betracht kommt die Schiffbauernachung von Flüssen (Elbe, Moldau, Oder, Donau, March, Waag und Theiß), Bau von Häfen, Talsperren und Hydrosentralen zur

Ausnützung der Wasserkraft. Der Fonds wird vom Staat mit jährlich 68 Millionen dotiert. Weiters erhält er Zuweisungen aus der Wasser-kraftsteuer, und Beiträge der Länder, Bezirke, Gemeinden, Genossenschaften usw., insgesamt innerhalb der ersten zwölf Jahre 1713 Millionen. Der Fonds darf Anleihen in der Höhe von 840 Millionen in Jahresraten von 70 Millionen aufnehmen, die aus dem Ertragnis der staatlichen Häfen und Hydrosentralen bis Ende 1979 getilgt werden. Dann wird der Fonds aufgelöst.

Der Bau von künstlichen Wassertrassen, etwa des Elbe—Oder—Donaufanals, fällt nicht in die Kompetenz dieses Fonds.

### Budgetausschuh.

#### Genosse Dietl zum Innenministerium.

Prag, 21. Oktober. Im Budgetausschuh stellte heute Genosse Dietl bei der Beratung über den Voranschlag des Innenressorts fest, daß dem Innenministerium jede legislative Initiative mangelte, unser staatliches Leben den geänderten Verhältnissen anzupassen. Es wird lustig weiter konstatiert, Versammlungen werden verboten, das Vereinsrecht ist bis heute nicht geändert.

#### In den Prager Demonstrationen

erklärt Redner, daß sie nach keiner Richtung hin irgend welchen Nutzen gebracht haben. Der September stellte sich bald ein: Das Kulturleben hat Einbußen erlitten, wirtschaftliche Verbindungen sind unterbrochen worden. Das wohlwollende Vorgehen der Polizei steht in scharfem Gegensatz zu ihrem Verhalten bei Arbeiterdemonstrationen. Genosse Dietl protestiert weiter gegen das Eingreifen der staatlichen Organe bei sozialen Kämpfen auf Seite des Unternehmertums und führt einen besonders trafen Fall aus Westböhmen an. Dann beschäftigt er sich mit den Uebergriffen namentlich der Fälscher und geht an einer Reihe von besonders argen Fällen auf, daß die Verwaltungsreform ihren angeblichen Zweck, den Geschäftsgang zu beschleunigen, nicht im entferntesten erfüllt. Besonders prangert Genosse Dietl das Verhalten der Landrätorer Bezirksbehörde an, die es zuzuge-bringt, ein Gesuch um die Aufnahme eines ruhelosen Kindes in eine staatliche Anstalt zurückzu-schicken, weil — der heiliegende Feimatshain nur einprachig deutsch ausgestellt ist! Solche Vorfälle wirken vergiftend und es wäre hoch an der Zeit, mit solchen Dingen aufzuhören!

Redner zitiert dann den Antrag Kramar-Masaryk über den

#### Minderheitenrecht

aus dem Jahre 1900 und stellt es als abso-lut unzulässig hin, bei dem Minderheitenrecht zwischen einer schaffenden und stukturierenden Bevölkerung — so weit diese eine arbeitende Bevölkerung ist, zu unterscheiden. Nationale Gleichberechtigung und der nationale Schutz sind keine abstrakte Ideologie, sondern eine Konsequenz des demokratischen Prinzips. Gerade so wie wir in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung abso-lute Ungleichheit vertragen, ebenso ist es in nationaler Beziehung. Für alle nationalen Minderheiten darf es keine andere Grenze in Bezug auf den nationalen Schutz und die nationalen Rechte geben als einzeln und allein die verfassungsmäßige Möglichkeit. In der Sprachenfrage und in der nationalen Frage muß eine Wandlung herbeigeführt werden, die ein friedliches Nebeneinanderwohnen und Nebeneinanderarbeiten der beiden Volksstämme möglich macht.

Zum Schluß beschäftigt sich Redner mit der kommenden

#### Vollzählung.

erinnert an die vielen Uebergriffe bei der letzten

(Nachdruck verboten.)

## Der Mörder.

Von Alrho.

3

Ist Kelse nicht wahrhaft irreligiös und Lust nicht das wahrhaft Göttliche? Nur der Kalte hat das Recht auf Verzicht, weil sein Verzicht Genug ist. Der warmblütige Mensch hat die Pflicht zu geben und zu nehmen.

Ihr Vorleben! Nichts von alledem, was man sich bei diesem unglücklichen Worte vorstellt, das dem Gedankenjah alter, hysterischer Jungfern entstammt. Nichts gegen das, was ein solider Mann von 30 Jahren hinter sich hat.

Alles das wußte ich. Alle diese Wahrheiten waren mir klar, wie zwei mal zwei vier ist. Und dennoch packte mich die Eifersucht. Mit einemmal war sie da, wie ein Blitz aus heiterem Himmel, wie eine Krankheit, die über Nacht kommt. Sie packte mich mit ihren Teufelsklauen und schüttelte mich, daß mir die Zähne knirschten.

Ein Jahr lang war ich vernünftig gewesen und hatte nur geliebt. Dann kam der Wahnsinn. Ich wußte, daß sie mir niemals Grund geben würde, ihr zu mißtrauen. Ich hatte nicht den geringsten Anlaß, an ihre Treue zu zweifeln. Ich begriff das Pathologische meines Geisteszustandes. Ich versuchte mich dagegen zu wehren und kämpfte. Es mißlang. Ich war eifersüchtig auf die Vergangenheit. Ich liebte gegen die Männer, die sie vor mir besessen hatten. Wenn sie mich küßte, dachte ich jähnefnirlich, daß sie einst dieselbe Zärtlichkeit einem anderen gewährte. Ich sah im Geiste die Finger anderer Männer ihre Brüste lieblos und ich fühlte den unwiderstehlichen Zwang, sie zu kränken. Sie mit Vorwürfen zu verlegen, deren Sinnlosigkeit mir im gleichen Moment mit klarer Deutlichkeit zum Bewußtsein kam. Es war, als ob ihr Körper nicht

mehr ganz mir gehörte. Ja, das war es! Ich betrachtete ihren Körper als mein uneingeschränktes Eigentum. Der Egoismus meiner Liebe wuchs über sich hinaus und sprengte alle Befesse.

Jrgend ein harmloses Wort konnte mich zur Raserei bringen. Dann weinte sie und ihre Tränen benetzten im Ru meine Gereiztheit. Ich konnte sie niemals weinen sehen und meine Selbstvorwürfe nagten ebenso an mir, wie das Bewußtsein meiner unsmnigen Verirrung. Aber sie ließ sich nicht bekämpfen, sie kam immer wieder über mich, wie ein Alb, wie eine Wolke, die meinen Geist in einen roten Nebel hüllte.

Ich liebte Anna und wäre unbedenklich für sie gestorben und doch hatte ich das Bedürfnis, ihr weh zu tun. Es war eine Art sadistischer Masochismus, so unsmnig es klingt, denn ich litt ebenso sehr, wenn ich sie leiden machte.

Damals wußte ich, meine Liebe sei auf einem Höhepunkte angelangt. Tor, der ich war. Wahre Liebe ist Verzeihen. Die meine war von ihrer göttlichen Höhe gefallen. Sie war egoistisch geworden im schlechtesten Sinne. Meine Eifersucht war der Ausfluß eines Minderwertigkeitsgefühls. Und meine Liebe war nur noch die eitle, selbstsüchtige Brunnst des Männchens.

Aber ich wußte das nicht, und hätte es mir jemand zu sagen gewagt, so hätte ich ihm ins Gesicht gelacht.

O, wie litt ich damals. Mehr als einmal war unter Verhältnis im Begriff, in Brüche zu gehen. Dann sah ich mein Unrecht ein und er-flehte ihre Verzeihung. Und Anna blieb, denn ihre Liebe war echt und tief.

Sie konnte nicht immer bei mir sein. Sie hatte eine alte, kränklliche Mutter, die sie neben mir am meisten liebte. Diese Mutter verlangte nach ihr und Anna konnte dann kein Jögern. So sahen wir uns oft monatelang nicht. Wer beschrieb den Zustand, in den mich ihre Abwesenheit versetzte. Tag für Tag zerfleischten die

Kralen des Mißtrauens meine Seele. Die Eifersucht wühlte in meinem Hirn und die Phantasie gaukelte mir tausend wüste Bilder vor. Und täglich setzte ich mich hin und schrieb ihr die gültendsten Briefe, beschwor sie, zurückzukehren. Die Tage bestanden für mich aus den drei Minuten, in denen der Briefträger kam. Früh, Mittag und Abend. Die übrige Zeit wartete ich. Nichts haßte ich mehr als die Sonntage, denn sie brachten keine Post. In diesem Stadium der höchsten Ueberreizung sah ich den wahnsinnigen Entschluß, sie für immer an mich zu binden. Ich, der blutjunge Student, der vor den letzten Prüfungen stand, und dann das große Nichts vor Augen hatte. Der nicht genug Geld besaß, sich ein warmes Nachtmahl zu kaufen.

Als ich Anna meine Absicht mitteilte, lachte sie.

„Verzaten“, sagte sie, „mich, die ich 5 Jahre älter bin! Bleiben wir beisammen, wie bisher. Leben wir gemeinsam, bis wir einander überdrüssig geworden sind, dann gehen wir in Frieden und ohne Bitternis auseinander und bleiben Freunde und behalten die schöne Erinnerung.“

Ich sah in ihrer Weigerung nur Mangel an Liebe. Statt mich ihrer Vernunft zu freuen, ging ich mit der Hartnäckigkeit des Besessenen an die Ueberwindung der Hindernisse. Ich malte ihr ein Leben aus, das keine Schattenseiten hatte, weil ich die buntesten Farben aufstrug. Ich zwang ihr meine geistige Ueberlegenheit auf und ehe zwei Monate vergingen, hatte ich ihren Widerstand gebrochen. Wir beschloffen, unmittelbar nach meiner Promotion zu heiraten.

Die Gewißheit, sie für immer besitzen zu sollen, wirkte beruhigend auf mich. Nicht etwa, daß meine Eifersucht geschwunden wäre oder meine Leidenschaft nachgelassen hätte. Anna war viel zu schön, um meine Sinne nicht immer von neuem zu reizen. Aber meine exaltierten Gefühle wurden in ruhigere Bahnen gelenkt. Und ab und zu, blühartig, erwachte die Kritik.

Ich entdeckte pöpplich, daß ihre Briefe schleuderhaft geschrieben waren und daß sie unter die tollsten orthographischen Fehler machte. Und vor allem fiel mir auf, daß ihre Briefe im Grunde genommen sinnlos waren. Alle Liebesbriefe sind sinnlos. Da ist das schöne und seltsam berauschende an den Briefen eines Liebenden, daß er endlos über nichts zu schreiben vermag, über Dinge, die ihm unendlich wichtig scheinen und über die er in nichternem Zustande lächelt. Die Liebe ist ein Rausch, und solange dieser Rausch die Sinne gefesselt hält, hat die Welt ein anderes Gesicht, liegt über allem ein helles Licht. Es gibt keinen Schatten, alles ist in einen rosigem wollüstigen Nebel gehüllt, der Augen und Hirn umgibt, die Augen verhindert, klar zu sehen, und das Hirn verhindert, klar zu denken. Aber sie vergeht, wie jeder Rausch. Sie ist höchstes Glück, aber in der extremen Spannung liegt ihre Vergänglichkeit. Es gibt keine beständige Liebe, es gibt nur Gewohnheit. Der Nebel verdraucht und die Augen gewöhnen sich wieder an das klare, nüchternere Tageslicht und das Hirn beginnt wieder seine normale Arbeit und die Sinne beruhigen sich.

Wenn der Liebende die eigenen Briefe lächerlich findet, wenn er beginnt, den Verstand an die Stelle des Gefühls zu setzen, dann beginnt er zu lügen und die Lüge ist der Tod der Liebe.

Ich war zu jung, um das zu wissen. Und es war auch noch gar nicht so weit. Nur in gewissen Augenblicken überkam mich eine Würdig-keit, die ich früher nicht gekannt hatte, eine Mä-tigkeit des Leibes und der Seele. Wenn ich Anna küßte und meine Augen ihrem Knüllig auf Fin-gerbreite nahe kamen, erschienen mir ihre Jüge mit einemmal fremd und mein Geist fragte er-staunt, was mein Körper tue. Es war mir, als hielte ich eine Fremde in den Armen und meine Zärtlichkeit wurde kalt wie Eis.

(Fortsetzung folgt.)

# Die Arbeitslosigkeit in Nordböhmen.

## Die Arbeitslosigkeit im September 23 Prozent.

Von der Landeszentrale der öffentlichen Arbeitsvermittlungen für Nordböhmen wird uns mitgeteilt: Bei den 48 Bezirksanstalten für allgemeine unentgeltliche Arbeits- und Dienstvermittlung in Nordböhmen waren

im September 1930 15.901 Stellen und 40.089 Bewerber angemeldet,

wobei 9497 Vermittlungen erzielt wurden. Dazu sind noch die Daten, die sich auf die Hopfenpflückervermittlung beziehen und von denen auf den nordböhmisches Bereich 41.452 Stellen, 29.159 Bewerber und 40.977 Stellenbesetzungen entfallen, zuzuzählen. Die meisten Pflücker gingen in die Bereiche der Anstalten in Saaz, Lann und Postelberg (24.577, 8250, 2753). Sie kamen aus allen Teilen des Landes; aus dem nordböhmisches Sprengel waren die meisten aus den Bereichen der Anstalten in Brüx, Dux und Oberleutensdorf (9761, 3087, 2943).

Am Anfang des Monats waren in den Arbeitsvermittlungsanstalten 19.191 Arbeitslose gemeldet, was 22 Prozent aller angemeldeten Arbeitslosen im Staate beträgt.

Diese Zahl ist im Laufe des Monats auf 23.656, also um 23 Prozent gestiegen.

Die größte Anzahl von Arbeitslosen war zum Schlusse des Monats bei den Anstalten in Bodenbach, Komotau und Brüx angemeldet (3246, 1841, 1462), bei denen diese Zahlen auch im Vergleiche mit dem Vormonat am meisten gestiegen sind (um 768, 838, 774). Den Beruf nach entfallen die meisten Arbeitslosen auf die Hilfsarbeiter und Tagelöhner, Textilarbeiter und Metallarbeiter (4899, 4844, 2795). Gegenüber dem Vormonat ist hier eine Steigerung um 1024, 482 und 602 zu verzeichnen. Nichtangemeldet waren

nach der annähernden Schätzung etwa 20.000 Arbeitslose.

Den Staatsbeitrag zu der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung erhielten am Anfang des Monats 18.556 Personen, d. i. 35 Prozent aller im Bereiche des Staates Unterstützten. Im Laufe des Monats erhöhte sich diese Zahl um 1363, also um mehr als 7 Prozent. Die meisten Unterstützten waren im Bereiche der Anstalten in Tannwald, Rumburg und Krágu (3203, 1983, 1477). Den Beruf nach entfallen 9758 auf Textilarbeiter, 2393 auf Metallarbeiter und 2353 auf Glasarbeiter. Arbeitslose, die den Staatsbeitrag zu der Arbeitslosenunterstützung erhalten, werden darauf aufmerksam gemacht, daß

die gesetzlich angeordneten drei Kontrollmeldungen während der Woche einzuhalten

sind u. zw. auch in denjenigen Fällen, wo die Kontrolle außerhalb der Bezirksanstalt für Arbeitsvermittlung geschieht.

Abgesehen von den Erfolgen der interlokalen Hopfenpflückervermittlung wurden die größten Vermittlungserfolge in den Anstalten in Brüx, Aussig und Komotau erzielt (1367, 1068, 816). Bei den Notstandsarbeiten wurden etwa 4000 bis 4500 Personen beschäftigt. Mit Rücksicht auf die gesetzlichen Aufgaben der öffentlichen Arbeitsvermittlung ersuchen die Anstalten alle öffentlichen Unternehmer, die für die Notstandsarbeiten nötigen Arbeitskräfte durch die zuständige Bezirksanstalt für allgemeine unentgeltliche Arbeits- und Dienstvermittlung, die dann auch die Lohnlisten zu bestätigen hat, aufzunehmen. Alle Arbeitgeber werden wiederholt ersucht bei diesen Anstalten alle Stellen — auch für kurzfristige Arbeiten — zu melden und so den Ausgleich am Arbeitsmarke zu erleichtern.

# Fünf Tage Reichstag.

Von Paul Löbe.

Als am Morgen des 15. September die Resultate der Wahlen in ihren wichtigsten Urteilen bekannt waren, überragte bei den politischen Urteilenden im Lande der Eindruck: Dieser Reichstag wird überhaupt nicht zu ordnungsmäßiger Arbeit kommen, sondern für die Dauer verhandlungsunfähig sein. Zwei starke Fraktionen, die das Parlament selbst bekämpfen und verächtlich machen wollen in seinem eigenen Schoße, dazu weitere Parteigruppen, die dieses Spiel mit unterhöhlener Freude betrachteten, ja begünstigten, — das Todesurteil sei gesprochen ehe dieser Reichstag zu seiner ersten Sitzung zusammentritt! Selbst die Optimisten trösteten sich nur mit dem Spruch, daß es „ganz so schlimm“ nicht werden würde.

Es ist nicht ganz so schlimm geworden, aber gerade schlimm genug. Die Arbeit des Reichstages konnte nicht lahmgelegt werden, aber sie wurde unter äusseren Umständen und Szenen verrichtet, die nichts weniger als „Würde“ zeigten, um einen Ausdruck des Herrn Reichspräsidenten Hindenburg beim Empfang des Präsidiums zu gebrauchen. Manchmal schien es wirklich so weit zu sein, daß die Verhandlungen unter der Hut unparlamentarischer Rundgebungen unterbrochen werden müßten.

Schon die Umstellung des Parlamentsgebäudes mit starken Polizeikräften vor eine ebenso ungewöhnliche, wie unerwünschte, aber leider notwendige Vorkehrungsmaßnahme. Sie hing zusammen mit dem im voraus angekündigten Uniformeinmarsch der Nationalsozialisten, der sowohl Neugierige wie Sympathisier der Braunhemden in großer Zahl herangezogen hatte, die durch laute Rundgebungen die Polizei zum Einschreiten zwangen. Oder hätte diese warten sollen, bis auch im Hause der Volksvertretung die Scheiden eingeschlagen werden? Aus der Mitte des Reichstages ist sofort nach meiner Wahl die Frage an mich gestellt worden, ob das Erscheinen in Uniform überhaupt gebildet werden solle. Sie wird in den kommenden Wochen gelöst werden müssen. Aber es ist kein Zweifel, daß diese Uniformierung im höchsten Grade unerwünscht ist. Sie teilt schon im voraus das Parlament in feindselige Armeelager und das muß unerträglich werden, wenn das Beispiel von anderen Gruppen nachgeahmt wird.

Der Sinn der Parlamentsarbeit ist es doch schließlich, in erster Linie Gründe gegen Gründe, Ueberzeugung gegen Ueberzeugung und dann Entscheidungen zu fällen. Schon die äußerlich sichtbare Abgrenzung erschwert es, sie läßt mindestens den Anschein zu, daß der eine Teil bald hier bald drüben versichert: Ich will Gründe gar nicht hören, ich bin fertig, ehe der Gegner beginnt. Ganz abgesehen von der gesteigerten Gefahr der Zusammenstöße, die sich aus solchen uniformierten Gruppen im Hause des Reichstages ergeben. Die eigentliche parlamentarische Auseinandersetzung wird aber auch durch den Umfang, den Juristen und Demonstrationen während der Debatte erreicht haben, aufs äußerste gefährdet. Das minutenlange Gändelkasschen, früher nicht üblich, die Sprechstühle, die massenweisen Schlußrufe und organisierten Störungen, ganz gleich von welcher Seite sie kommen, sind mit dem Prinzip der freien Aussprache nicht vereinbar, sie hindern den Redner, geordnete Gedankengänge vorzutragen.

Störungen dieser Art wurden im vergangenen Reichstage zuerst von den Kommunisten geübt, die ja auch das Uniformtragen hier und da vereinzelt eingeführt haben. Kommunistische

Redner griffen in zügelloser Weise andere Parteien an, oft über die Grenze des parlamentarischen Erlaubten, setzten aber sofort mit Stürmen ein, wenn einer der Angegriffenen antworten wollte, so daß schon deshalb oft auf die Antwort verzichtet wurde. Was damals eine vereinzelte Erscheinung war, droht jetzt regelmäßig wiederzulehren und richtet sich bei der jetzigen Stärkeverteilung der Parteien gerade gegen diejenigen, die es früher allein ausübten. Der erste Sturm richtete sich gegen Herrn Dr. Fried, als er in der ersten Sitzung unter dem Alterspräsidenten das Wort ergriff. Der zweite aber kam dann gegen Herrn Logner bei der Redeschlacht um den Vizepräsidenten. Was die Kommunisten früher selbst praktizierten, machte jetzt ihrem eigenen Sprecher das Weiterreden unmöglich. Schließlich griff diese Methode der Vergeltung auch auf andere Parteien über. Am letzten Tage wurde es gegen den sozialdemokratischen Redner, Abgeordneten Dr. Hoegner, geübt, worauf sich die Sozialdemokraten bei der Rede des Herrn von Reventlow zu rebanquieren versuchten. Beide Redner hatten die Behauptung vom Empfang ausländischer Gelder für den politischen Gegner aufgestellt. Solche Behauptungen können widerlegt, aber nicht durch Schreien aus der Welt geschafft werden. Zur Widerlegung aber ist eine geordnete Debatte und ruhiges Anhören nötig. Wenn schon das Anhören unerträglich erscheint, der muß sich dem durch Abwesenheit entziehen. Er darf aber den Redner nicht hindern, sondern muß es dem Präsidenten überlassen, einzugreifen, falls die parlamentarischen Grenzen überschritten werden.

Es ist ja überhaupt ein charakteristisches Zeichen dieses Reichstages, daß Unarten, wie sie früher von den Kommunisten geübt wurden, ihnen jetzt von einer stärkeren Fraktion heimgejagt werden, zugleich ist es aber ein Beweis, daß diese Störungen nicht gebildet, sondern unter allen Umständen unterdrückt werden müssen. Sprechstühle, Gefangenschaftsvorfürungen, Schimpfstanonaden hindern das Parlament, seine Aufgabe zu erfüllen und niemand kann sich über Vertagungen beklagen, wenn er sich vorher selbst bemüht hat, das Parlament arbeitsunfähig zu machen.

Es ist trotz aller dieser Störungen, trotz aller finsternen Prophezeiungen gelungen, die Rahmlegung des Reichstages zu verhindern. Er hat die ihm zunächst gestellten Fragen in ordentlichen Abstimmungen erledigt, wenn auch unter vielen Hindernissen und bei Anspannung aller Nervenkraft, die überhaupt möglich war. Mehrfach haben die Führer der obstruierenden Parteien selbst versucht, ihre unbändige Gefolgschaft zur Ruhe zu bringen.

Herr Strasser sprach in der letzten Geschäftsordnungsdebatte die unbegründete Behauptung aus, der Reichstag werde nicht am 3. Dezember, er werde überhaupt nicht zusammengetreten. Zu solchen Behauptungen liegt keine Veranlassung vor. Solange der Reichstag sich nicht selbst umbringt, wird er zusammengetreten, wird er seine Entschlüsse fassen, wird er seine Rechte wahrnehmen können. Dafür zu sorgen ist meine Aufgabe und Pflicht. Eine andere Entwicklung könnten die Dinge nur nehmen, wenn diejenigen die Volksvertretung zur Arbeit unfähig machen, die am lautesten von den Rechten des Volkes reden. Ich nehme an, daß die Mehrheit stark genug und gewillt ist, das zu verhindern, was sie in den ersten fünf Tagen dieses Reichstages verhindert hat.

## Nach unserem Parteitag.

### Tschechische Pressestimmen.

Unser Tschepher Parteitag findet diesmal in der Presse eine weit größere Beachtung als alle früheren Parteitage. Die meisten tschechischen Blätter geben eine eingehende Darstellung der Verhandlungen des Parteitages insbesondere der beiden politischen Referate und der Debatte. Unser tschechisches Bruderblatt, das „Pravo Lidu“ widmet in seiner gestrigen Nummer dem Parteitag den Leitartikel und schreibt unter anderem:

„Es war das ein Parteitag, der beherrscht war vom Gedanken der Einheit der Arbeiterbewegung in der tschechoslowakischen Republik, der idealen tschechischen internationalen Einheit in erster Linie vom Gedanken des gemeinsamen Vorgehens der tschechoslowakischen und deutschen Sozialdemokratie im Guten und im Bösen, zur Verteidigung und zum weiteren Ausbau der Demokratie für den gemeinsamen Kampf, für die Arbeiterforderungen auf sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Der Tschepher Parteitag war — wie dies der Verschiedenheit der Temperamente entspricht — ruhiger als unser Parteitag. Aber trotzdem erdröhnte bei jeder Bemerkung über die Zusammenarbeit tschechoslowakischer und deutscher Genossen, bei jeder Versicherung, daß alle Hindernisse, die sich dem entgegenstellen könnten, überwunden werden bei jeder Betonung der Bedeutung dieser gemeinsamen Arbeit, begeistert Beifall, ob es nun auf dem Parteitag selbst oder in der Versammlung der Tschepher Arbeiter war, die in demselben Saale am Samstag Abend stattfand.“

Der Geist des denkwürdigen Smichov Kongresses beherrschte also so wie unseren Parteitag auch den der deutschen Sozialdemokratie. Es war dies der Höhepunkt des Ausbaues eines in Smichov begonnenen Wertes. Die Einheitlichkeit beider sozialdemokratischer Parteien hat seit der Zeit durch den Eintritt in die Regierung und durch die Teilnahme an der Regierung in der Zeit der schwersten Wirtschaftskrise die Feuerprobe empfangen.

Etwas anders eingestellt sind natürlich die „Narodni Listy“, die den Verlauf unseres Parteitages dazu ausnützen wollen, der tschechischen Sozialdemokratie Schwierigkeiten zu bereiten. Das Blatt knüpft an die Ausführungen des Genossen Reigner an, der die Schulautonomie (in der Fußballsprache) als das Tor bezeichnet hat, welches die Partei schießen muß.

Das Tor, welches die deutschen Sozialdemokraten mit Hilfe der tschechischen Genossen schießen wollten, ist nicht Sache des idyllischen Behältnisses der beiden Parteien der zweiten Internationalen in der Tschechoslowakei, sondern ist eine Angelegenheit der ganzen tschechoslowakischen Nation. Es muß daran erinnert werden, daß der Beschluß, der in Smichov ausgefertigt wurde, die ganze tschechoslowakische Nation einlösen müßte. Die tschechischen Sozialdemokraten können sich vielleicht beide Ohren zupfoppen, aber das tschechoslowakische Volk darf nicht überhören, wie auf der jüngsten Reichskonferenz der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei in Prag der Hauptreferent, Abgeordneter Pohl, sein nationales Referat bis zur Förderung des nationalen Schließens in der Staatsverwaltung gesteigert hat, wie auf der Reichsbildungskonferenz der deutschen Sozialdemokratie, die fast gleichzeitig mit dem Tschepher Kongreß abgehalten wurde, Dr. Franzel den Sozialismus als einen Dienst an der deutschen Nation und die Schicksalsfrage des deutschen Nationalismus als die Schicksalsfrage der sudetendeutschen Nation bezeichnet hat.

Diese Ausführungen haben natürlich keinen anderen Zweck als eine nationalistische Hetze gegen die Sozialdemokratie zu beginnen, genau so wie die deutschbürgerlichen Blätter (so der „Tschepher-Anzeiger“) schreiben, daß die deutsche Sozialdemokratie überall ein Treugeschäft geleistet hat. Aber die tschechische Sozialdemokratie ist sich genau so bewußt wie wir, daß es eine der Aufgaben der Sozialdemokratie ist, innerhalb der eigenen Nation den Kampf gegen den nationalen Chauvinismus zu führen.

Zum Gemeindevoranschlag 1931. Nach der geplanten Novelle zum Gesetze vom 15. Juni 1927, Ziff. Nr. 77, über die Neuorganisation der Finanzwirtschaft der territorialen Selbstverwaltungsverbände soll die Frist zur Einbringung der Beschlüsse der Gemeinden und Bezirke um einen Landesbeitrag (der an Stelle des bisherigen Beitrages aus dem Ausgleichsfonds treten wird) für das Voranschlagsjahr 1931 bis Ende Dezember 1930 verlängert werden. Die Bestimmungen der Novelle sollen, abgesehen von jenen über die Zuweisungen an die Länder aus dem Ertragnisse der Biersteuer, am 1. Jänner 1931 mit der Abweichung in Wirksamkeit treten, daß die Vorkerkungen, die diese Bestimmungen zur rechtzeitigen Durchführung schon im vorangehenden Jahre (1930) voraussetzen, darnach vom Tage der Kundmachung der Novelle an getroffen werden.

## Der Vatikan meldet.

Citta di Vaticano, 21. Oktober. Aus Krásko, das sind hier Meldungen eingetroffen, denen zufolge die Sowjets den Dekan von Ruban Mgrc. Roth und den Pfarrer von Koborosski erschossen haben. Die beiden Erschossenen waren aufopfernde und eifrige Geistliche und Genossen unter der Bevölkerung größte Verehrung.

Zählung und erwartet, daß Vorkerkungen getroffen werden, um solche Uebergriffe diesmal auszuschließen. Der Innenminister muß mit allem Nachdruck die Unantastbarkeit der Volkszählungssitzungen sichern. Am deutschen Sprachgebiet gibt es genug Deutsche, die die Staatsprache beherrschen; auf die soll bei der Ernennung der Zählungskommissäre entsprechend Rücksicht genommen werden; zumindest sollten einem tschechischen Zählungskommissär in deutschen Gebieten ein Vertreter der Minorität beigeordnet werden. In den historischen Ländern sollen die Zählungsbogen vermieden werden, da die Bevölkerung schon so kulturell hochsteht, um ihre Bogen selbst ausfüllen zu können. Bei der Ausfüllung durch den Zählungskommissär werden Verschleierungen und Verschönerungen befürchtet, was doch unter allen Umständen vermieden werden soll.

Infolge der Zuteilung der Gemeindefinanzvorlagen wird der Ausschuss die Budgetberatung vorläufig unterbrechen und morgen die Referenten für diese Vorlagen bestimmen; die meritorische Beratung dieser Vorlagen wird erst in der nächsten Woche erfolgen.

## Abjluß der Wirtschaftsdebatte im Senat.

### Ungelöste Fragen aus dem Tschener Plebiszitgebiet.

Prag, 21. Oktober. Der Senat nahm heute nachmittags nach kurzer Debatte die Verlängerung des — bereits mit Ende des Vorjahres abgelaufenen Gesetzes über Steuer- und Gebührenbegünstigungen bei Fusionen bis Ende 1932 an; die Vorlage hat Rückwirkung vom 1. Jänner, um die Rechtskontinuität zu sichern.

Dann beendete der Senat die in der Vorwoche begonnene wirtschaftliche Debatte durch Genehmigung der vom Ministerpräsidenten in der Donnerstagssitzung vorgelegten Regierungserklärung.

Der Vertrag mit Polen hinsichtlich der gemeinsamen Benützung städtischer Objekte der ehemaligen Gemeinde Tscheschen gab Anlaß zu einer Debatte, in der auf eine Reihe noch ungelöster Fragen aus dem Tschener Abstimmungsgebiet hingewiesen wurde.

### Genosse Joll

bezeichnet den Vertrag als bloß teilweise Heilung der Wunden, die durch die sinnlose Zerstückelung des Tschener Gebietes der dortigen Bevölkerung geschlagen wurden. Es gibt eine Reihe weiterer dringender Fragen, die im Wirkungskreis der eigenen Staatsverwaltung gelöst werden könnten, aber schon seit zehn Jahren nicht vom Fleck kommen. Dazu gehört vor allem die

### Regelung der Einlagen tschechoslowakischer Staatsbürger bei jetzt in Polen liegenden Geldinstituten sowie die Regelung der Frage der Tschener Sparkasse.

W. des seinerzeit dort durchgeführten Rotenanzkaufes. Der Bevölkerung wurde seinerzeit beiderseits der Rat gegeben, möglichst wenig mit den Einlagen zu rühren und möglichst, daß die Angierung nach Beendigung des Plebiszites eine Vertüfung der Einleger nicht zulassen werde. Inzwischen sind die im Vertrauen auf diesen Rat bei den polnisch gewordenen Banken und Kassen beklagten Einlagen bedeutend entwertet worden. Nach dem Vertrag vom Jahre 1926 wurden den Einlegern gewisse Zuschüsse gewährt, die jedoch unzureichend sind. Die vorgelegene gemischte Kommission zur Erhebung des Standes der beteiligten Kassen hat die Schlussrapporte immer noch nicht fertiggestellt. Die betroffenen Einleger sind zumeist arme Leute, die seit dem Jahre 1920 von ihrem schwer ersparten Geld nicht einen Heller erhalten haben und sich in bitterer Not befinden. Wir müssen auf die rascheste Liquidierung dieser Angelegenheit drängen.

Redner urgiert dann weiters die endliche Auszahlung der Plebiszitgelder an die Lehrerschaft des Abstimmungsgebietes und kommt dann auf

### das Problem der Staatenlosen

zu sprechen, das im Tschener Gebiet ganz besondere Bedeutung hat. Allein Mährisch-Osttrau zählt 25.000 „Ausländer“, von denen der größte Teil zu jenen Leuten gehört, die in den abgetretenen Gebieten heimatsberechtigt waren und nun die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft absolut nicht erlangen können. Ramentlich viele Eisenbahner sind betroffen, denen man seinerzeit sagte, daß sie nicht zu optieren brauchten. Redner urgiert die Vorlage eines modernen Gesetzes über Staatsbürgerschaft und Heimatszugehörigkeit und verlangt bis dahin eine liberale Handhabung der geltenden Bestimmungen.

Genosse Koukal (tsch. Soz. Dem.) beschäftigt sich mit der wirtschaftlichen Lage im Osttrauer Gebiet, verweist auf die abnormalen Gewinne der Grundbesitzer und setzt sich energisch für eine durchgreifende Besserstellung der Lage der Bergarbeiter ein. Die Vorlage wird dann in erster Lesung genehmigt. Nächste Sitzung morgen Mittwoch um 15 Uhr. Tagesordnung: Zusatzprotokoll zum italienischen Handelsvertrag und zweite Lesungen.

Das hohe Niveau des Parteitages wird selbst von politischen Gegnern zugegeben. So schreibt die „Bohemia“: „Die Debatte und der Meinungsaustausch bewegten sich auf durchschnittlichem Niveau, von dem man mit Recht anerkennen muß, daß es das, was man bei sonstigen Anlässen zu hören bekommt, auch im Parlament, weit hinter sich lieh.“ Selbst die „Deutsche Presse“, das Hauptblatt der Christlich-sozialen, das naturgemäß gegen die Auffassungen, die auf dem Parteitag zu Tage getreten sind, Stellung nimmt, muß zugeben, daß die Verhandlungen hohes Niveau zeigten.

# Tagesneuigkeiten.

## Sechs tote Arbeiterinnen in Bregburg.

### Explosionkatastrophe in der Munitionsfabrik.

In einem Arbeitsraum der Bregburger Munitions- und Metallwarenfabrik, ehemals Patronenfabrik Roth A. G., ereignete sich Montag nachmittags eine folgenschwere Explosion. In einem isolierten Raum, wo Leuchtpatronen für militärische Zwecke hergestellt werden, bediente ein Arbeiter eine Maschinenpresse, die Patronenkapseln herstellt. Aus bisher nicht aufklärter Ursache flog eine Kapsel aus der Presse heraus und fiel in eine Ecke des Saales, wo sich drei Kilogramm Sprengstoffe, Phosphor und Pulver, befanden. Die Kapsel flog vermutlich auf ein Eisenstück, wodurch ein Funken entstand, so daß der Sprengstoff mit lauter Detonation explodierte. Der Raum stand im Nu in Flammen. Sieben Arbeiterinnen liefen mit brennenden Kleidern schreiend in den Fabriksaal, wo die durch die Detonation aufgeschreckten Arbeiter die lebenden Frauen zu löschen versuchten. In schwerverletztem Zustande wurden alle sieben ins Spital gebracht. Von diesen sieben Arbeiterinnen sind bis zum gestrigen Morgen sechs ihren schweren Verletzungen erlegen. Auch der Zustand der siebenten Schwerverletzten ist überaus ernst.

Eine Sachkommission untersucht die Ursachen, die zu dem Explosionsunglück geführt hatten.

## Eine Mystifikation des Prager Tagblattes.

Die „Prager Abendzeitung“ vom 20. Oktober brachte auf der ersten Seite in großer Aufmachung die Alarmnachricht, daß der Verband der tschechischen Kinobesitzer beschloßen habe, bis auf weiteres in Prag keine deutschen Tonfilme aufzuführen. Wäre diese Mitteilung richtig gewesen, hätte man aus prinzipiellen Gründen direkt zum Boykott sämtlicher Kinos auffordern müssen, denn es ist ausgeschlossen, daß das tschechische Volk diesen neuen Affront hätte ruhigen Blutes hinnehmen dürfen. Die natürliche Folge der Publikation war es, daß sämtliche Korrespondenten der großen deutschen Blätter die Neugier nach Deutschland telephonierten und daß man den erbaulichen Beschluß mit den gehörigen Kommentaren namentlich in nationalsozialistischen Zeitungen lesen konnte.

Wie erstaunte aber die Leserschaft — ob dazu die ständigen Abonnenten des „Prager Tagblattes“ gehören, bleibe dahingestellt —, als dieselbe Zeitung im gestrigen Morgenblatt von einem diesbezüglichen Beschluß nichts mehr zu wissen schien und unter dem Titel:

### Der deutsche Tonfilm in Prag.

berichtet, daß Mittwoch eine Enquete in der Handelskammer über die Aufführung deutscher Tonfilme in Prag stattfinden wird, an der sich außer den interessierten Körperschaften auch die zuständigen Ministerien beteiligen werden, daß sie unbedingt nach dem Staatsfeiertag mit der Vorführung deutscher Tonfilme beginnen werden und daß die Tonfilme: „Der blaue Engel“, „Westfront 1918“ und eine Reprise der „Drei Herzen im Dreiviertelakt“ in Aussicht genommen ist. Da gleichzeitig ein Schreiben der Karodni jednota vorlag, mit der Vorführung deutscher Tonfilme zu warten, bis die Enquete vorüber sei, erklärten die Kinobesitzer, noch einige Tage zu warten; es steht daher fest, daß bald nach dem Staatsfeiertag mit der Vorführung deutscher Tonfilme, wahrcheinlich in beschränktem Ausmaß wieder begonnen werden.

Bekanntlich gibt das „Prager Tagblatt“ nur ungern zu, einer Mystifikation aufgefressen zu sein; darum hat auch die „Prager Abendzeitung“ ebensowenig wie das Tagblatt eine Berichtigung gebracht, trotzdem durch die unrichtige und sensationalistisch aufgemachte Nachricht die nationalen Hegeister in Deutschland nicht gerade günstig beeinflusst wurden. Wir haben schon bei den Prager Straßenkrawallen darauf hingewiesen, daß das „Prager Tagblatt“, das „repräsentative“ Blatt der deutschen Bourgeoisie in der Tschechoslowakei, zwar über Frieden und Abrüstung, Vaugoin und Brüning, eventuell auch über den Völkerverbund lehrte, angeht die tatsächliche Perfektion seiner eigenen Leser aber nicht ein einziges kritisches Wort gefunden hat; nun hätte sich wieder einmal Gelegenheit gegeben, das Ausland durch eine aufrichtige Nachricht aufzuklären und daran mitzuarbeiten, daß unser Wirtschaftsleben wenigstens nicht durch unrichtige Mitteilungen geschädigt wird; daran liegt aber dieser Zeitung scheinbar überhaupt nichts. Die „Blattlehre“ vertritt es nicht, eine Mystifikation, vor der niemand gefeit ist, offen und ehrlich zuzugeben, und die Geschäftsinteressen — Abonnenten und Anzerate — werden durch solche Bogateilen nicht berührt!! Wozu also darauf Rücksicht nehmen, daß man sich irgendwelcher wirtschaftlicher und nationaler Verantwortlichkeit bewußt sein soll? Oder sollte das „Prager Tagblatt“ nicht inständig sein, die Genesnis der Alarmnachricht in klarer Weise erläutern zu können? Bleibt dann noch die Frage zu beantworten, ob die unrichtige Nachricht dem Herrn K a n t u r e l,

Repräsentanten amerikanischer Filminteressen, sehr unangenehm war, besonders angesichts des Umstandes, daß er vom Vorsitz des Verbandes zurückgetreten ist, weil der Verband die Zistierung der deutschen Tonfilme nicht billigte?  
Walter Lustig.

## Chlorgasbergiftungen

im Prager Militärtechnischen Institut.

Prag, 21. Oktober. Gestern arbeiteten im Laboratorium des Militärtechnischen Instituts in Prag Offiziere und Mannschaften mit einer Chlorbombe (einer mit etwa zehn Kilogramm Chlor angefüllten Flasche). Infolge mangelhafter Abdichtung entströmte aus der Flasche Chlorgas. Beim Stadtkapitän Smolik, Vertragsingenieur Dr. Jureček, bei den Soldaten Dr. Ráz und Kubis, dem Gefreiten Podrážky und zwei zivilen Vertragsangestellten wurden infolge Einatmens des ausströmenden Gases zum Teil leichtere Vergiftungsercheinungen konstatiert. Es wurden sofort alle Sicherheitsvorkehrungen getroffen und sämtliche sieben erkrankten Personen dem Divisionsspital in Pflege übergeben. Ihr Zustand ist derzeit zufriedenstellend, daß sie bald aus der Pflege des Krankenhauses werden entlassen werden können.

## Bestialische Tat eines Chauffeurs.

Wir lesen in unserem „Trautenauer Echo“: Vergangenen Samstag, nachts gegen 11 Uhr ereignete sich auf der Straße von Oberalstadt ein schreckliches Autounglück. Ein mit vier Insassen besetztes Personnauto, von der Richtung Trautenau kommend, fuhr mit unermindertem Tempo an eine auf der linken Straßenseite stehende Lichtstange, durchbrach diese, rannte an einen Baum und fuhr noch mehr als 20 Meter im Straßengraben, bevor es wieder auf festem Straßeboden zum Stehen gebracht werden konnte. Der links vom Chauffeur sitzende Fahrgast, ein gewisser Schindler, Winter und Vater von zwei Kindern, schlug bei der Anfahrt an den Lichtmast, zertrümmerte sich die Schädeldede und hing in schwerverletztem Zustande, stark blutend über die Autowand, während die übrigen zwei Mitfahrer mit einigen Hautabschürfungen und dem bloßen Schreden davonkamen. Einige in diesem Augenblick hinzukommende Passanten veranlaßten sofort die Ueberführung Schindlers zum Arzt. Der Chauffeur, ein junger Mann namens Erich, fuhr, statt den Schwerverletzten beim Arzt abzuladen, mit großer Geschwindigkeit in der Richtung gegen Marschendorf davon, verlor auf dieser Tour in Jungbuch den Genossen und Vater aus Oberalstadt, der ebenfalls in hoffnungslosem Zustande im Krankenhaus in Trautenau liegt, durchfuhr die nach Sundersien zählende Menschenmenge beim Brandplatz in Jungbuch und hat, es klingt ungläublich, sich des im Auto befindlichen Toten dadurch entledigt, daß er ihn in Marschendorf 3. Teil in der Nähe des Roederschen Wehres über einen Felsen hinabwarf, und ganz einfach nach dieser fast bestialischen Tat davonfuhr. Die von der Gendarmerie sofort eingeleiteten Nachforschungen führten schließlich zur Verhaftung des Chauffeurs, der nunmehr in sicherem Gewahrsam seiner Beurteilung entgegensteht.

## Von der Rixdewich in den Tod.

Pilsen, 20. Oktober. Nach einer Archweilanzunterhaltung wollte in Horalzdowitz der Expeditionsjohn Jaroslav Doubil seine Geliebte, die Vorkicherstochter aus Silberberg, im Auto seines Vaters nach Hause fahren. Sein Freund Franz Hovorka sollte lenken. Da beide betrunken waren, verbot ihnen ein Polizist zu fahren, was die beiden aber nicht beachteten. In einer scharfen Kurve fuhr der Wagen gegen einen Baum, den es entwarfelte. Das Auto wurde vollständig zerrummert. Doubil erlitt einen Schädelbruch und war auf der Stelle tot. Seine Geliebte und Hovorka kamen mit leichteren Verletzungen davon.

## Verunglückter Arbeitertransport.

Lille, 21. Oktober. Ein Automobil, das in eine Houbaiter Fabrik Arbeiter aus Belgien transportierte, stieß gegen die Fabriksmauer und stürzte um. 25 Arbeiter wurden verwundet, hievon erlitten 10 schwere Verletzungen.

Rom, 21. Oktober. Bei Balmineona ist durch einen Zusammenstoß seines Automobils mit einem Lastkraftwagen der 59 Jahre alte Admiral des Ruhestandes, Vannucelli schwer verunglückt.

## Farbenmomentkamera.

### Eine Wiener Erfindung.

Wien, 21. Oktober. (M.) Dem Wiener Ingenieur Alfred Barik ist es gelungen, ein farbenphotographisches Schnelldruckverfahren auszuarbeiten und eine Farbenmomentkamera zu konstruieren. Die Bedeutung des neuen Druckverfahrens liegt darin, daß es für alle bekannten Aufnahmeverfahren der Farbenphotographie verwendbar ist und eine große Anzahl von Drucken auf Papier, Textilien und Zelluloid herzustellen ermöglicht; also sowohl für

die graphische Industrie als auch für die Herstellung guter Farbfilme von besonderem Werte ist.

## Ziehung der Klassenlotterie

vom 21. Oktober

10.000 K:	15.475, 103.044.
5000 K:	10.517, 14.337, 24.163, 26.363, 39.992, 43.440, 63.596, 72.634, 115.146, 118.829, 145.551.
2000 K:	445, 8634, 12.398, 22.930, 29.446, 30.443, 33.448, 34.057, 55.133, 56.914, 60.098, 65.879, 67.819, 74.302, 77.328, 77.571, 85.551, 93.384, 113.558, 114.112, 120.041, 120.282, 122.342, 129.473, 142.361, 142.642, 143.155, 144.996.
1000 K:	844, 1258, 3958, 3959, 4124, 7146, 8126, 10.866, 14.006, 15.296, 15.469, 17.132, 22.261, 22.989, 24.476, 27.331, 28.885, 30.623, 35.186, 37.567, 38.232, 41.013, 41.042, 41.961, 42.291, 43.848, 48.024, 48.906, 49.236, 49.942, 52.636, 53.550, 56.037, 56.839, 58.563, 58.932, 59.276, 61.309, 61.567, 61.857, 61.956, 64.388, 65.565, 67.617, 67.836, 71.012, 71.633, 74.732, 74.883, 75.514, 79.956, 82.437, 85.008, 85.087, 87.329, 87.420, 90.511, 92.000, 92.428, 96.179, 96.716, 100.932, 104.325, 104.866, 109.723, 111.932, 113.833, 115.214, 116.080, 122.991, 123.549, 124.787, 126.823, 127.043, 127.898, 133.114, 133.326, 134.724, 137.901, 139.121, 142.156, 143.683, 146.049, 147.888, 148.384, 148.572.

Das dritte Todesopfer. Aus Karlsbad wird uns berichtet: Vor wenigen Wochen war ein mit Arbeiterportieren besetztes Lastenauto, das auf der Fahrt zu einer Veranstaltung eine Straßenbiegung in der Nähe der Detschast Schlackenwerth in sehr schneller Fahrt passierte, ins Schleudern gekommen und umgeworfen, wobei neben zahlreichen Verletzten zwei Teilnehmer den Tod fanden. Nunmehr hat das Unglück ein drittes Todesopfer gefordert. Der 26jährige Arbeiter Anton Rejzner aus Risch bei Karlsbad, einer der bei dem Unglück schwer Verletzten, der ins Karlsbader Krankenhaus eingeliefert worden war, ist nach mehrwöchigem Krankenlager nunmehr an den Folgen seiner inneren Verletzungen gestorben. Er ist das dritte Todesopfer des unglückseligen Ausfluges.

Auslandsflycht eines Zentrumsabgeordneten. Der in einen schweren Korruptions-Skandal verwickelte ehemalige Zentrums-Reichstagsabgeordnete Nientimp ist dem Berliner „Lokalanzeiger“ zufolge nach Straßburg geflüchtet.

Der „Korridor der Lüfte“ zu Tode gestürzt. Umweil von Lüttich ist ein französisches Militärflugzeug kurz vor der Landung abgestürzt. Nach einer unbestätigten Meldung brach der linke Flügel. Der Mechaniker und der Pilot Oberst Happe fanden den Tod. Oberst Happe war der Kommandant der Flugschule in Reims. Während des Krieges war er einer der besten Bombardierpiloten. Wegen seiner Unerfahrenheit nannte man ihn den „Korridor der Lüfte“. Deutschland setzte angeblich im Kriege einen Preis von 25.000 Mark auf seinen Kopf aus.

„Kommunistische“ Nordtaten in China. In der Provinz Kiangsi nahmen die Kommunisten den italienischen katholischen Bischof Mgr. Riganì sowie sechs Geistliche und zehn Nonnen gefangen, die italienischer, französischer und chinesischer Nationalität sind. Zwei chinesische Geistliche wurden von den Kommunisten ermordet; ein Bischof und ein Geistlicher wurden jedoch in Freiheit gelassen, damit sie das Lösegeld verschaffen.

Völkzählung als Teufelswerk. Die erste Völkzählung sollte ursprünglich in England im Jahre 1753 stattfinden. Als jedoch eine diesbezügliche Vorlage im Parlament eingebracht wurde, erhob sich im ganzen Lande ein Sturm der Entrüstung. Vor allem die kirchlich eingestellten Kreise empörten sich über den Plan und führten allerlei Bibelstellen an, wonach eine derartige Zählung den himmlischen Vorschriften zuwiderliefe. Im Parlament erklärte ein Redner, er hätte es nie für möglich gehalten, daß die menschliche Vermessenheit so weit ginge, ein solches Unternehmen überhaupt nur zu erwägen. Charakteristisch ist es, daß trotz dieser Widerstände die Vorlage im Unterhause angenommen, im Oberhause jedoch von den Lords abgelehnt wurde. Erst 50 Jahre später konnte dann die erste Völkzählung wirklich stattfinden.

Schwierige Kalenderreform. Zur Reform des Kalenders sind dem Völkerverbunde nicht weniger als 185 Reformvorschlüge zugegangen. Davon entfällt die Höchstzahl, 33, auf Frankreich. Dann folgen die Vereinigten Staaten mit 27 und an dritter Stelle Deutschland mit 24 Vorschlägen. Weiter kamen aus der Schweiz 14, aus Rumänien und Belgien je 10 und aus Oesterreich 7 Vorschläge. Die andern Staaten bringen nur wenige Vorschläge. Im Ganzen beteiligten sich 33 Staaten an den Entwürfen. Den radikalsten (doch nicht etwa ironisch gemeinten??) Vorschlag machte Wilhelm Ostwald, der vorschlug, die gesamten Tage des Jahres einfach fortlaufend von 1 an zu zählen und zu nummerieren. Wenn man sie im Kopfe behalten will, so würde das ein sehr gutes Zahlengedächtnis erfordern. Der Ausschuß des Völkerverbundes hat denn auch allen Ernstes diesen Vorschlag nicht für zweckmäßig erachtet.

Elektrifizierung beim Schulausflug. In Hagen (Westfalen) ereignete sich am Montag beim Ausflug einer Volksschulmädchenklasse nach dem Sengsteifer, dem künstlichen Staube für Deutschlands größtes Kraftwerk der rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerke, ein schweres Unglück. Als die Klasse sich auf dem Wege nach dem Insel-Gasthaus befand, rissen aus noch nicht geklärter Ursache mehrere Drähte der am Wege entlang führenden Hochspannungsleitung und fielen in die Kinderfahr. Die Lehrerin, ein 37 Jahre altes Fräulein Eversberg und ein achtjähriges Mädchen wurden auf der Stelle getötet, zwei Kinder schwer und mehrere leicht brandverletzt.

schweres Unglück. Als die Klasse sich auf dem Wege nach dem Insel-Gasthaus befand, rissen aus noch nicht geklärter Ursache mehrere Drähte der am Wege entlang führenden Hochspannungsleitung und fielen in die Kinderfahr. Die Lehrerin, ein 37 Jahre altes Fräulein Eversberg und ein achtjähriges Mädchen wurden auf der Stelle getötet, zwei Kinder schwer und mehrere leicht brandverletzt.

Lippenstift und Wirtschaftskrise. Wie auf dem in New York tagenden Verschönerungskongress mitgeteilt wurde, geben die Frauen Amerikas im Jahre durchschnittlich 750 Millionen Dollar für ihre Schönheitspflege und Kosmetika aus. Sämtliche Redner empfahlen wirksame Propaganda und eine Steigerung der Verschönerungsausgaben, da „auf diese Weise der amerikanischen Wirtschaftskrise abgeholfen werden könne.“

Todesprung vom Triumphbogen. Ein französischer Geschäftsfreisender namens Paul Levy beging Selbstmord, indem er sich von der obersten Plattform des Pariser Triumphbogens auf die Straße stürzte. Er war auf der Stelle tot.

Chinesenmord in New York. Ein gutgeleiteter junger Chinese wurde nachts in einem New Yorker Vorort ermordet aufgefunden. 16 Messer steckten ihm in Leib, außerdem war ihm der Schädel mit einem scharfen Gegenstand gespalten worden. Die Polizei vermutet einen Raubmord.

Das 21. Kind. In Le Mans (Frankreich) wurde dem Ehepaar Koffee das 21. Kind geboren. Sechzehn der Kinder befinden sich noch am Leben.

Ein 15jähriger Mörder. In Baltimore (USA) legte der 15jährige Richard Thompson das Geständnis ab, daß er den Präsidenten der United Extract Company mit einem Schraubenschlüssel erschlagen habe. Thompson hatte einen 500 Dollarlohn auf den Namen des Präsidenten gefälscht und darauf den Mord begangen, um sein Vergehen zu vertuschen.

Amerikanisches. In Wallstreet (New York) begingen zwei Männer dadurch Selbstmord, daß sie sich von dreizehnten Stockwerk des Equitable-Gebäudes in die Tiefe stürzten. Er stürzte auf einen Lastkraftwagen und erschlug mit dem Gewicht seines Körpers den Führer dieses Wagens. Der andere stürzte sich vom 24. Stockwerk des Singer-Gebäudes herab. Er fiel angehts Tausender von Vorübergehenden auf einen Vorsprung des vierzehnten Stockwerkes, wo er tot liegen blieb.

Salern von 130 Kindern. Ein Pariser Reporter, der sich besonders für die Quantität des Nachwuchses in den soldatenliefernden französischen Kolonien interessierte, stellte fest, daß es in Fort de France, der Hauptstadt der Insel Martinique, mehrere Regenteräter mit 50 bis 60 Kindern — von verschiedenen Müttern — gibt. Die größte Kuriosität von Martinique sei jedoch ein alter Chinese, der nicht weniger als 130 Kinder sein eigen nennt. Er habe sie sämtlich sorgsam erzogen und ein Handwerk lernen lassen. Die meisten der Kinder wüßten nicht, wer ihre Mutter sei — die Frage interessierte sie aber auch nicht sonderlich. „Ich bin ein Vater“, sagte der jetzt 70-jährige Erzeuger der 130 Kinder zu dem Zeitungsmanne, „aber kein Gatte.“ Der talfräftige Vater ist immer noch — Junggeheule.

Der „Klub des Gestärkten Volkes“. Die Pariser Polizei nahm eine immerhin nicht alltägliche Räuberbande fest, deren 10 bis 12 Jahre alte Mitglieder, die sich unter der Firma „Klub des gestärkten Volkes“ zusammengeschlossen hatten, seit längerer Zeit die Montmartregegend unsicher machten. Nachdem sich die Eltern sämtlicher Fruchtkinder bereit erklärt hatten, für den Schaden aufzukommen, den die Herren Söhne angerichtet hatten, wurden die hoffnungsvollen Burschen nach einer tränenreichen Szene und nach der Abgabe heißer Besserungsversprechungen wieder freigelassen.

Der überreizte Filmstark. Während einer Filmaufnahme in Ödingen sollte der polnische Schauspieler Lejzer Dworn in der Person eines preußischen Offiziers mit anderen in preußische Uniform gekleidete Statisten ein altes Schloß stürmen helfen. Die Verteidiger des Schlosses, aus der Umgebung herangezogene Bauern, waren so von ihrer Rolle durchdrungen, daß einer von ihnen den Schauspieler Dworn mit einer Feigabel über den Kopf schlug, daß der Betroffene blutüberströmt und bewußtlos zusammenbrach.

Seglers Unglücksfahrt. Der Kapitän des in Teiffel (Holland) eingelaufenen deutschen Biermesters „Padua“, der von Chile mit einer Ladung Chile-Salpester kam, berichtete, daß er während dieser Reise fünf Mann seiner Besatzung eingebüßt habe. Das Schiff hatte den Hafen von Jaique am 7. Juli verlassen und geriet bereits am 15. Juli in einen stürmischen Orkan. Ein mit der Bedienung eines Mastes betrauter sogenannter Topgall wurde dabei über Bord geschleudert und ertrank, ohne daß Hilfe möglich war. Unterdessen bemühten sich an Bord drei Mann damit, das Bromsiegel herunterzuholen: plötzlich wurden die drei von einer ungeheuren Welle verschlungen; auch hier war leider keine Rettung möglich. Ein weiterer Unfall trug sich am 10. August zu, als ein Reichtmatrose so unglücklich aus der großen Koa auf Deck niederstürzte, daß er am folgenden Tage den erlittenen Verletzungen erlag. Die „Padua“ ist ein Schiffsboot der deutschen Rauffahrtflotte, auf dem junge Leute, die Schiffsoffiziere in der Rauffahrt werden wollen, ausgebildet werden.

Kaufgebrannte Waggonfabrik. In dem Pariser Torer Colombe ist am Freitag eine Waggonfabrik vollkommen ausgebrannt.

Der Kleinbauer vor 700 Jahren.

Von Phönix.

Der Ackerbau hatte zu Beginn des 12. Jahrhunderts bereits hinreichende Erfahrungen hinter sich, um seine Aufgabe, das Volk zu ernähren, erfüllen zu können. Dennoch brachten es die unruhigen Zeiten, die Kriegslust der Großen und die zahlreicheren größeren oder kleineren Fehden dahin, daß nur zu oft Hungernöte eintraten, zumal mangels eines wohlorganisierten Verkehrs der allfällige Heberflug anderer Länder nicht den darbenenden zugeführt werden konnte.

Schon damals werden alle Getreidearten erwähnt, die heute noch vorkommen. Nur mag an manchen Orten, wohl durch die ausgedehnten Waldungen bedingt, das Klima um so viel rauher gewesen sein als heute, so daß der Weizen nicht gezeihen konnte. Wein wurde von Südtirol bis Sachsen gepflanzt; freilich in abnehmender Güte und Menge. Aber der Beruf des Wägners, des Weinbauern, war sehr angesehen. Er wurde auch an Orten ausgeübt, an denen er heute nicht mehr stattfindet.

Wie mit dem Wein, so verhielt es sich auch mit dem Obstbau. Er wurde überall betrieben und genoß einen ungeheuren Schutz. Dieser wurde so streng gehandhabt, daß in den Landbüchern bestimmt war, daß der, welcher einen Obstbaum umhieb, den göttlichen Ertrag des Baumes bezahle, einen anderen als Ertrag geben mußte und überdies bestraft wurde. Auf das Zerstoßen von Weingärten und Obstgärten stand Strafe, Acht und Wann, wie bei Brandstiftung.

Auch die Viehzucht war schon hoch entwickelt. Es gab auf jedem Fron- und Bauernhofe Hühner, Gänse und Kapouren. Sie mußten ja vielfach als Fleisch geliefert werden. Eine nette Bestimmung war, daß ein Nachbar, dem Hühner in den Garten flohen, sie mit gestrichelten Hühnern ihrem Besitzer zurückzuführen durfte. Die Schweinezucht wurde einigermassen durch die Schafzucht. War doch die Wolle ein Hauptartikel, da es ja keine Baumwolle, oder nur zu unerschwinglichen Preisen, gab. War doch der Baumwollbedarf damals ein so kostbares Gewebe, daß Hürten, die spunnen wollten, die Spinnen ihrer Dienerschaft daraus anfertigen ließen!

Der größte Feind der Schafzucht war damals der noch häufig vorkommende Wolf. Im Compendio in Spanien beschloß 1114 eine Kirchenversammlung, daß allsonntäglich nicht nur die freigeschätzten Bauern, sondern auch die Geistlichen auf die Wolfsjagd gehen sollten!

Durch die kirchlichen Einrichtungen des Fastens und der Abkühlung in den Kirchen blühten Fächer- und Bienenzucht. Letztere lieferte auch den Zuckerertrag; den Honig. Dingen schwärmende Bienen sich innerhalb der ersten drei Tage an einem Baum auf, so schlug man mit Stangen auf sie ein. Die betäubten, gehörten dem ersten Herrn, aber die fliehen blieben, dem Besitzer des Baumes.

Bei Neuanschulungen, wie z. B. in Pommern und Schlesien, begünstigten wohl die Landesherren diese Kolonisten, indem sie ihnen mäßige Abgaben, unbeschränktes Erbrecht und Freiheit von der Leibeigenschaft gewährten. Aber alle diese Wohlstände lasteten dafür doppelt schwer auf der großen Masse der unfreien Bauern, die allmählich aus den freien Bodenbesitzern entstanden waren. Es war damals meist ein klägliches Los, Landmann zu sein. Nur zu oft fiel der Ertrag von so viel Fleiß und Mühe der Argegefahr oder der Tagelohnlosigkeit der Herren, die ihr Bild übermäßig hoch, zum Opfer. Außerdem bestand die unsinnige Sitte, daß die Güter Erbschaft nicht bebaut werden durften, so daß selbst oft in fruchtbaren Gegenden Mangel an notwendigen landwirtschaftlichen Produkten eintrat. Es war damals, gerade so wie heute, nichts Leichtes, ein kleiner Arbeitsbauer zu sein.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Zur Lage der Bankangestellten.

Volkswirtschaft im „Montagsblatt“.

In der Öffentlichkeit wird wiederum einmal von einem „Abbau“ in den Banken gesprochen. Anlaß dazu gibt eine Nachricht des „Montagsblatt“, das die Bestrebungen nach einer Senkung der Bankenregie bespricht, hierbei Einzelheiten über die Verhältnisse in einigen Bankinstituten aufzählt, um mit einem maßvollen Appell an die verantwortlichen Bankentwürfe wie auch an die Regierung zu schließen, die ausgearbeitet werden dem „zögernden Verhalten der Marzelle zur Frage der Preislenkung nicht unzulässig zuzuschreiben“.

Die Bankangestellten, welche diese Nachrichten gelesen haben, werden sich mit Recht fragen, welche Gründe das „Montagsblatt“ bewegen haben mögen, den Direktoren jener Institute, die sich mit solchen Absichten tragen, nahezuweisen, daß sie schon jetzt — anstatt der üblichen Demütigungen — mit der Beamtenschaft Verhandlungen einleiten“.

Man kann vom „Montagsblatt“ nicht verlangen, daß es als Unterhaltungsorgan, das zu Beginn der Woche mit aufregenden Titeln (wie z. B. „Erregte Szene zwischen Else Lorb und Conja Scheuder“) beim braven Bürger ein behagliches oder unbehagliches Grinsen hervorzurufen trachtet, mit allen Einzelheiten der volkswirtschaftlichen Ereignisse und wirtschaftlichen Umformungen vertraut ist, die der gegenwärtigen Zeit ihre Prägung geben. Aber auch das „Montagsblatt“ könnte wissen, welche Bedeutung es für unser wirtschaftliches Leben haben würde,

Hygiene in der „guten alten Zeit“.

Die wiedereroberte Gesundheit.

Daß die sogenannte „gute alte Zeit“ durchaus nicht so gut gewesen ist, wie es uns schwärmerische Gemüter weismachen wollen, kann jeder, der die Geduld dazu hat, aus zeitgenössischen Schilderungen immer wieder feststellen. Das gilt nicht nur wenigstens von der Fabel von der großen, unzerstörbaren Gesundheit unserer Väter und -mütter. Was wurde denen nicht alles nachgerühmt! Groß, stark, gewaltig waren die Männer, blühend die Frauen, prangend vor Gesundheit. Da kam ein schlauer Mensch auf die Idee, einmal die erste dieser Behauptungen nachzuprüfen, ohne viel Bücher zu Rate zu ziehen. Er ging einfach in die Zeughäuser und maß die dort ausgestellten Harnische und Rüstungen der gewaltigen Kriegerhelden nach. Und siehe —: Sie paßten alle nicht mehr für einen normal gebauten Menschen unserer heutigen Zeit! Fast alle waren sie zu klein, und alle waren in der Brustweite erheblich zu eng. Das bewies, daß die Männer unserer Tage nicht nur größer als ihre Vorfahren, sondern auch erheblich kräftiger gebaut sind. Nach dieser Erfahrung begann man, auch die literarischen Dokumente früherer Jahrhunderte und Jahrhunderte etwas genauer zu studieren und erfuhr dabei allerhand unerfreuliche Dinge von der Gesundheit der Menschen in der „guten alten Zeit“.

Inerst einmal ein recht peinliches Kapitel: Die können wir heute kaum noch vorstellen, was die Darmträgheit damals für Schäden anrichtete. Wer sich darüber näher unterrichten will, braucht nur die Briefe der Piefelotte von der Pfalz zu lesen, die sich oft seltenlang mit diesem Thema beschäftigen. Vor allem war an diesem Uebel der Mangel an geeigneten Anstalten schuld, der dazu führte, daß das Volk die Parks, die Quais der Flüsse und jede dunkle Straßenecke benutzte — die Hofgesellschaft aber die Galerien der Paläste, die vor Gestank manchmal gar nicht zu passieren waren. Wer nicht zu solchen Auskunftsstellen greifen wollte, der mußte, wie Piefelotte schreibt, eben „seinen Stuhlgang bis zum Abend aufheben“ die alte Dame gebraucht aber dafür eine wesentlich derbere Bezeichnung —: Ueberhaupt war gerade die Zeit des Barock und des Rokoko wohl die Periode, in der es um die Gesundheit sowohl des Volkes wie der herrschenden Schichten am schlimmsten aussah. Es galt allenthalben als ziemlich überflüssiger Luxus, sich zu waschen. Selbst in den höchsten Kreisen begnügte man sich damit, die Hände mit ein wenig wasserreichem Wasser zu übergeben — und selbst das nur einmal im Tage. Die Hautkrankheiten grassierten, und die Entzündung der „Mondchen“, der Schändelspülsterchen, hatte ja keinen anderen Zweck als den, Geschwüre und Vesikel an unannehme Äre zu überdecken, was um so sehr nötig war, als die Syphilis damals mit einer Bösartigkeit auftrat, von der wir uns heute keine Vorstellung mehr machen können, und syphilitische Geschwüre zu den lästlichsten Erscheinungsformen gehörten. Essentielle Badeanstalten gab es im Gegenlage zum frühen Mittelalter, für das gewöhnliche Volk überhaupt nicht, und in den Kreisen der vornehmen Welt wurden Bäder als ein nippiges Vergnügen, aber nicht als eine Notwendigkeit der Hygiene betrachtet. In manchen Schloßern fand man vielleicht, wie in dem Palais Waldstein in Prag, eine Badegröße. Es gab auch Jaboritenbäder, die, wie die „Badenburg“ im Rumpenburger Park für Gesellschaftsbäder — eine brauchbare Badegröße aber gab es selbst im kaiserlichen Zirkus in Berlin bis 1888 nicht!

Außerdem muß es auch den, der unser Zeitalter immer als das „verdorbenste“ ansehen hört, an, was er

über dieses Kapitel in alten Erinnerungsbüchern findet. Man lese nur einmal die Memoiren der Marquise Wilhelmine von Bayreuth, der Schwester Friedrichs II. von Preußen! Auf jeder dritten Seite erzählt sie von Ohnmachten, Schwächeanfällen, Herzschlößen, „Bepenne“ — d. h. eigentlich Magenblähungen, in weiterem Sinne auch üble Laune — zu haben, was geradezu das Kennzeichen der Mode. Die Mode ist dazu ein übriges: die unvernünftige Einschränkung durch das Korsett und die allzu innige Bekleidung des Unterkörpers; denn unter den pompösen Reifröcken trug man keine Beinkleider, und damit wurde der Grund der zahllosen Unterleibs- und Blasenkrankheiten geschaffen. So ist es nicht wunderbar, daß ältere Damen, z. B. Elisabeth von Rußland, manchmal mit Wachsstock gefüllte Röcke tragen mußten, damit Fränkenteufeln und Thronstühle gefüllt wurden. Am deutlichsten vielleicht zeigt sich der Verfall der körperlichen Gesundheit an der Marquise von Pompadour, die noch — und mit Recht! — als die typische „Schönheitskönigin“ des Rokoko gilt. Sie war eine Schwindsüchtige, wie seit ihrer frühesten Jugend Blut, war bleichsüchtig und blutarm und konnte vor Herzstößen oft nicht einmal im Gefolge der Königin die Stelle einnehmen, die sie doch so heiß ersehnt und erlumpst hatte. Die wie Email lag die Zahmlacke auf ihren Wangen, und dennoch konnte sie, der alle Mittel damaliger Heilkunst zu Gebote standen, nicht den unaufhaltenden Verfall ihres Körpers verlangsamen, ihn nicht einmal verdecken.

Den Umchwung brachte die französische Revolution: Sie machte die Gesundheit modern. Freilich taten die wahren Modedamen auch hier wieder zu viel des Guten, und aus der vernünftigen Bekleidung ohne Schnürleib und Reifröd wurde das „Kostüm der Nacktheit“. Schließlich bestand die ganze Toilette einer Modefrau aus ein paar leichten Sandalen und einem dems aus durchsichtigstem Muss, das noch dazu tief ausgeschnitten war und nur durch ein paar schmale Achselbänder gehalten wurde. Die ganze Toilette der schönen Madame Tallien aus einem der Direktoriumbälle bestand aus einem solchen Hemd und leichten Sandalen und wog zusammen ganze 150 Gramm! Und die Frauen, die schon genug waren, sich eine so reduzierte Bekleidung leisten zu können, trugen sie auch auf der Straße — die anderen aber reduzierten sie auf das unumgänglich Nötige. Auch das war damals sehr wenig. Die Folge war, daß die Lungenentzündung zur Moderkrankheit wurde. Mit dem Erstarken der politischen Reaktion wandelte sich abermals die Mode. Es ging zurück zum Schnürleib und zur Kriemle. Vorsorglichen Müttern wurde sogar in Familienzeitschriften geraten, ihren Töchtern auch Korsets ein Korsett anzulegen — und so war bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts jedes junge Mädchen bleichsüchtig, die Mehrzahl der älteren Frauen unerleibt krank — denn man trug ja auch während der Schwangerschaft das festgeschürzte Korsett: Erst im Anfang dieses Jahrhunderts kehren wieder Reformbestrebungen ein. Dann kam der Sport und schuf für Männer und Frauen gleichermaßen die Mädelheit. Ihren Körper aus dem Gefängnis der Kleider wenigstens zeitweise zu erlösen — und eines Tages hatten wir sogar eine gesunde, schöne Mode. In jüngerer Zeit wandelt sie sich für den weiblichen Teil der Menschheit wieder ins „Frankische“, und das konnte manchen modephilosophisch angehauchten Betrachter nachdenklich machen: Denn nie gebärdete sich die Mode unvernünftiger als in Zeiten politischer Reaktion, in den Zeiten, in denen man sein gesundes Volk gebrauchen kann. (N. S. B.)



digende Zumutung, sich als Vorspann für die Pläne der Flachshändler mißbrauchen zu lassen, nicht mit der notwendigen Energie zur Wehr setzen werden, weil sie auf den jämmerlichen Verdienst im Brechhause nicht verzichten können, seinen anderen suchen können, weil es im Weledsdorfer Bezirke keine Industrie gibt.

Und so wird sich an den schuldlosen armen Teufeln die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit ihren Maßnahmen austoben, werden 20 oder 30 Leute, die selbst genug haben, 1000 Proleten hungern lassen, weil... ja, weil es halt angeblich nicht anders geht!

Werden die Flachsbrecher, die sich so viel „liebvoller Fürsorge“ seitens der Flachshändler in den letzten Jahren erfreut haben, auf die Leimpindeln kriechen, die man ihnen jetzt hinhalten wird? Werden sie den Sturmbock gegen sich selbst abgeben und sich zu Zwecken mißbrauchen lassen, die nur den anderen Nutzen bringen? Wir wollen abwarten und sehen, wieviel Klasseninstinkt, wieviel proletarische Widerstandskraft in den Flachsbrechern steckt und dann reden wir weiter. —br.—

Sie mittern Morgenluft!

Die „Frankfurter Zeitung“ macht auf eine bemerkenswerte Erscheinung aufmerksam: während in den letzten Monaten auf allen europäischen Börsen ein erhebliches Sinken der Börsenindizes für Wertpapiere zu verzeichnen ist, sind die Aktien der Rüstungsindustrie in einem Aufstiege begriffen! Nimmt man den 1. Jänner 1927 gleich 100, so waren die Börsenpapiere am 4. Oktober in Berlin nur noch 55,8 wert, am 11. Oktober gar nur 51,4. In London sind die Ziffern 51,1 und 52,6, in Brüssel 67 und 63,6, in Zürich 76,2 und 72,6, in Prag 82,8 und 80,3 usw. Sie sind also sehr stark gesunken.

Demgegenüber aber vermerken die Aktien der großen englischen Rüstungsfabrik Vickers in London am 1. Juli d. J. einen Stand von 6 Pfund, am 7. Oktober einen solchen von 7 1/2 Pfund. Schneider-Creuzot stieg in derselben Zeit von 1934 auf 1915 Franken, die Aktien der Firma Hochlich gar von 1895 auf 1980 Franken. Die fortschreitende Faszifizierung Europas und die damit verbundene Kriegsgefahr scheint es den internationalen Kapitalisten zu einem lukrativen Geschäft zu machen, ihr Geld in der Rüstungsindustrie anzulegen. Zwölf Jahre erst sind vergangen, seit das Grauen des Weltkrieges ein Ende nahm. Die Welt war damals erfüllt von Friedenwillen und schwor hoch und heilig, nie mehr werde es einen Krieg geben. Ein Völkerbund wurde geschaffen, von Abrüstung wurde gesprochen; aber ein Dutzend Jahre später starrt die Welt mehr denn je in Waffen da und schon schleicht hünengleich das Rüstungskapital, um aus dem Blut und Elend der breiten Massen seine schamlosen Profite zu nützen. Es ist eine Pflicht der internationalen Arbeiterklasse, diesen Erscheinungen ihre größte Aufmerksamkeit zu widmen und stärker denn je darauf zu dringen, daß endlich eine wahre Abrüstung komme und überall der Gedanke Eingang finde, daß erst durch die wirkliche Befriedung der Welt die Wohlfahrt der Völker gesichert werden kann! (J. V.)

Folgen der Wirtschaftskrise in der Otmüher Metallindustrie.

Wie schwer die gegenwärtige Depression auf der Arbeiterschaft lastet, erweist eine uns vorliegende Statistik über den Stand der Arbeiterschaft in der mittelmährischen Metallindustrie. Danach betrug die Zahl der beschäftigten Metallarbeiter am 1. September 1929 noch 9443, am 1. September 1930 aber nur noch 8330, d. h. um 1113 oder 11,8 Prozent weniger.

Indessen waren die verbliebenen Arbeiter keineswegs voll beschäftigt, sondern fast die Hälfte aller Arbeiter mußte auch noch verkürzt arbeiten. In voller Beschäftigung waren nur 4634 Arbeiter oder 55,6 Prozent, verkürzt zwischen 27 und 42 Stunden arbeiteten 2405 Arbeiter oder 28,8 Prozent, zwischen ein und vier Wochen mußten turnusweise 1033 Arbeiter oder 12,4 Prozent aussetzen, während 258 Arbeiter oder 3,1 Prozent zwar noch im Arbeitsverhältnis geführt, jedoch auf unbestimmte Zeit ausgesperrt wurden. Rechnet man auch diese zu den tatsächlich Arbeitslosen, so sind im Laufe eines halben Jahres 1371 oder 14,9 Prozent aller Metallarbeiter aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet worden.

Um die Arbeitslosenunterstützung hatten sich im Laufe der ersten acht Monate des Jahres 1730 oder 39,1 Prozent aller gewerkschaftlich organisierten Mitglieder gemeldet. Dabei wird die Situation keineswegs besser, sondern im Gegenteil schlechter und die Zahl der Ausgesperrten und Entlassungen steigt immer noch an. Eine durchgreifende Verkürzung der Arbeitszeit erweist sich als immer notwendiger, soll nicht die infolge der Rationalisierung bewirkte Katastrophe unsagbare Dimensionen annehmen. (J. V.)

1000 Flachsbrecher fliegen hinaus!

Aus Weledsdorf wird dem „Textilarbeiter“ geschrieben?

Dieser Tage macht das Gerücht die Runde, daß die Flachshändler beschlossen haben, in dieser Woche, also mit 18. Oktober l. J., alle in der Flachsbrecherei beschäftigten Arbeiter — im ganzen Gebiet rund 1000 an der Zahl — zu entlassen, damit auf die zuständigen Regierungsstellen hinsichtlich der Einschränkungen im Flachshandel ein entsprechender Druck ausgeübt wird. Dabei stelle man sich, so heißt es, auf Seite der Flachshändler vor, daß es möglich sein wird, mit Vertretern der Arbeiterschaft (welchen? d. V.) eine gemeinsame Aktion in dieser Richtung einzuleiten.

Man wird abzuwarten haben, ob die Flachshändler des Weledsdorfer Bezirkes ihre Drohung wahrnehmen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird die Stilllegung der Brechhäuser tatsächlich erfolgen. Es werden ein paar hundert Familien ohne jede Erwerbsmöglichkeit den Winter über ein Jammerdasein fristen müssen. Not und Elend, ohnehin ständige Gäste in diesem Gebiete, werden sich noch weiter vermehren, alle die Menschen, die aus den Saisonarbeiten ausscheiden und sich den Winter über noch ein paar elendige Lohnkronen im Brechhause verdienen wollten, werden sich diesmal ohne dem behelfen müssen.

Und das alles, damit ein paar Leute einen Druck bei den Regierungsstellen ausüben können. Was liegt ihnen an den paar hundert Arbeitern, die hungern werden. Sie wissen ganz genau, daß die Herausgeworfenen mit dem Moment, wo der Ofen im Brechhause wieder angefeuert wird, auch wieder da sein werden, weil sie einfach keine andere Erwerbsmöglichkeit haben, ja sich vielleicht auch gegen die entwür-

### Kindernachmittag

Eine Stunde beim Märchenontel.

Heute, Mittwoch, um 3 Uhr nachmittags wird Gustav Herrmann im kleinen Vortragssaale der Dönick Akademie in Prag II, Hybernská 7 (im Garten des Lidový dům) unseren Kindern schöne Märchen erzählen. Zu dieser Veranstaltung laden wir alle Kinderfreunde gleichzeitig herzlich ein. — Regiebeitrag K 1.—.

Kinderfreunde Prag.

### Kunst und Wissen.

Von der Deutschen Musikakademie. Die Praeger Deutsche Musikakademie, die heuer das Fest ihres zehnjährigen Bestandes begeht, ist zur früheren Geselligkeit zurückgekehrt: ihre Schülersonzerte in eigener Regie und Sache zu veranstalten. Dies bedeutet gegenüber den bisher mit der „Urania“ gegebenen Abonnementkonzerten eine Klarstellung der künstlerischen Ziele und Werte dieser Konzerte, die nun nicht mehr offizielle Publikumskonzerte sind, sondern Rechenschaftsberichte und damit vielleicht auch Propagandamittel der eigenen künstlerischen Tätigkeit. Das erste, am Montag abgehaltene derartige Schülersonzert war ein Klavierabend, dessen Programm in begrenzter Auswahl Werke von Bach, Handel, Mozart, Beethoven und Schubert enthielt. Die gebotenen künstlerischen Leistungen waren sehr ungleich; die instrumentalen weitens besser als die vokalen. Eine bei Schülersonzerten selbstverständliche Erscheinung, da die Talente durchaus verschieden sind. Dabei kamen diesmal nur die reifen und technisch fortgeschrittenen Musikleben zu Gehör: Der Pianist Friedrich Kieger, die Klaviererinnen Hilde Weich und Gertha Hammer sowie die Sänginnen Martha Filz und Eleonore Riz. Den Beschluß des Konzertes machte ein kammermusikalisches Werk, ein ganz junger Beethoven, das Klaviertrio opus 1 in G-Dur, das von Eugenie Fichten (Violine), Rosa Fichten (Cello) und der grundmusikalischen, künstlerischen Pianistin Elsa Ballal mit beachtlicher technischer und geistiger Beherrschung gespielt wurde. Die Vortragenden Eleonore Riz und Eugen Kallig (Klavier), Frau Brömse-Schänemann und Konrad Wallerstein (Gesang) und Simos Paicouat (Kammermusik).

Fund alter Kompositionen. Der Oberintendant der Bibliotheken von Piemont und Ligurien teilte dieser Tage der italienischen Regierung mit, daß er in einer ligurischen Stadt in einer Privatwohnung etwa 200 sehr wertvolle Bände alter italienischer und ausländischer Musikkompositionen entdeckt habe. Ein unbekannter Römer kaufte diese Musikalien für die Nationalbibliothek in Turin an. Unter den ersten 50 Bänden, die bisher durchstudiert wurden, befinden sich auch elf Quartette des sächsischen Komponisten Vahlhal, weiter zahlreiche Erstausgaben von Werken Sarasates, Mozarts und Haydns und die Erstausgabe der Gluck'schen „Phigene auf Tauris“. Weiter entdeckte man bisher unbekante Werke von Stradella, Traetto usw. Die übrigen 150 Bände sind noch nicht durchstudiert. (Anmerkung der Redaktion: Johann Vahlhal wurde im Jahre 1739 in Reichenbach geboren. Er schrieb etwa 100 Sinfonien, eine gleiche Anzahl von Quartetten und eine Reihe von Weisen und Kirchengesängen. Er starb im Jahre 1813.)

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Mittwoch (8-4), 7 1/2 Uhr: „Die Zauberflöte“. Donnerstag (9-1), 7 1/2 Uhr: „Fingel“. Freitag (10-3), 7 1/2 Uhr: „Die lustigen Weiber von Windsor“. Samstag (11-3), 7 1/2 Uhr: „Viktoria und ihr Husar“. Sonntag, 2 1/2 Uhr: „Der Graf von Luxemburg“. 7 1/2 Uhr (12-4): „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny“. Montag (13-1), halb 8 Uhr: „Liebe auf dem Lande“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Mittwoch, halb 8 Uhr: „Der Lügner und die Nonne“. Donnerstag, 7 1/2 Uhr: „Meine Schwester und ich“. Freitag: „Liebe auf dem Lande“. Samstag, 7 1/2 Uhr: „Der Lügner und die Nonne“. Sonntag, 3 Uhr: „Prinzessin und ihr Eintänzer“. 7 1/2 Uhr: „Der Lügner und die Nonne“. Montag, 7 1/2 Uhr: „Meine Schwester und ich“.

Spielplan des Tschechischen Nationaltheaters. Mittwoch nachm.: „Die verkaufte Braut“; abends: „Liebe und Kunst“. Donnerstag: „Maschinist Hopfins“. Freitag: „Liebe und Kunst“. Samstag nachmittags: „Der Jakobiner“; abends: „Die Latern“. Sonntag nachm.: „Aufsicht“; abends: „Die verkaufte Braut“. Montag: „Hedy“. Dienstag nachmittags: „Der Kuh“; abends: „Libuse“. Mittwoch nachm.: „Der Steinmetz“; abends: „Maschinist Hopfins“.

Spielplan des Städtetheaters. Mittwoch nachmittags: „M. D. Rettig“; abends: „Tosca“. Donnerstag: „Rivalen“. Freitag: „Carmen“. Samstag nachm.: „Die heilige Blume“; abends: „Die Kinder des Junggesellen“. Sonntag nachm.: „Und das nennt sich Liebe“; abends: „Rivalen“. Montag: „Das Haus der Frauen“. Dienstag nachm.: „M. D. Rettig“; abends: „Der Tübelsackpfeifer von Straßonitz“. Mittwoch nachm.: „Der Postillon von Conjeumeau“; abends: „Rivalen“.

# Rundmachung

betreffend die Ausfertigung von Legitimationen der Versicherten.

Mit Regierungsverordnung vom 27. Feber 1930, Nr. 26 S. d. G. u. V., werden für die Zwecke der Sozialversicherung der Arbeiter Legitimationen der Versicherten eingeführt; alle für den Fall der Invalidität und des Alters nach dem Sozialversicherungs-gesetz Nr. 221/1924, in der Fassung des Gesetzes Nr. 184/1928 S. d. G. u. V., versicherten Personen sind verpflichtet, sich diese Legitimationen ausfertigen zu lassen.

Die Legitimationen werden in den Amtsräumen der zuständigen Krankenversicherungsanstalt, gegebenenfalls in den zu diesem Zwecke in größeren Orten eigens errichteten Distriktskanzleien, ausfertigt werden. In Betrieben mit mehr als 20 Arbeitnehmern kann die Krankenversicherungsanstalt den Arbeitgeber mit der Ausfertigung der Legitimationen betrauen. Die näheren Weisungen werden sowohl den Versicherten, als auch den Arbeitgebern von der zuständigen Krankenversicherungsanstalt rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Die Legitimationen werden außer anderen hauptsächlich die Personaldaten enthalten u. zw.: den Namen (Familiennamen) und den Vornamen (Taufnamen), den Tag, den Monat, das Jahr und den Ort der Geburt und die Heimatgemeinde. Bei verheirateten weiblichen Versicherten muß auch der Mädchennamen, bei wiederverheirateten Witwen ihr früherer Name eingetragen werden.

Diese Personaldaten werden in die Legitimationen nur auf Grund der amtlichen Belege eingetragen werden. Als Beleg kann eines der nachstehenden Dokumente, falls dieses alle angeführten Daten enthält, vorgelegt werden: der Geburts-(Tauf-)schein, der Trauschein, der Matrikelauszug, die Bürgerlegitimation, die Bescheinigung über die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft, das Militärbuch, der Reisepaß, der Heiratschein oder ein Schulzeugnis.

Die Zentralsozialversicherungsanstalt empfiehlt, sofern es nur möglich ist, den Geburts-(Tauf-)schein oder den Auszug aus der Geburtsmatrik und bei verheirateten Frauen den Trauschein (Auszug aus der Trauungsmatrik) als Beleg vorzulegen.

Sollte jemand einen Beleg besitzen, der nicht alle angeführten Daten enthält, kann er bei der Krankenversicherungsanstalt die Druckform „Auszug aus der

Matrik“ unentgeltlich beziehen. Diese Druckform sendet er dem Pfarr-(Matriken-)amt zur Ausfertigung ein. Größere Betriebe können die notwendigen Druckformulare bei der Krankenversicherungsanstalt und zwar durch Vermittlung des Arbeitgebers, des Betriebsausschusses oder des Vertrauensmannes kostenlos ansprechen.

Die Legitimationen werden am 20. November 1930 und während der nächstfolgenden Tage ausfertigt werden.

Die Arbeitnehmer sind verpflichtet, ihren Arbeitgebern die Belege spätestens bis zum 17. November abzugeben. Die Zentralsozialversicherungsanstalt ersucht daher ihre Versicherten eindringlich, sich die erforderlichen Belege sofort zu beschaffen.

Schiebt die Beschaffung der Belege nicht hinaus, weil sonst in den letzten Tagen vor Ausfertigung der Legitimationen die in Betracht kommenden Beamten überbürdet wären, daß sie nicht allen Ansuchen rechtzeitig entsprechen könnten.

Nach durchgeführter Ausfertigung der Legitimationen wird der Arbeitgeber verpflichtet sein, die An- und Abmeldung des Arbeitnehmers genau nach den in der Legitimation angeführten Daten durchzuführen und dem Arbeitnehmer in der Legitimation den Tag des Eintrittes in die Beschäftigung und den Tag des Austrittes aus dieser sowie jene Krankenversicherungsanstalt, bei welcher er ihn angemeldet hat, zu bestätigen. Zweck Durchführung dieser Eintragungen ist der Arbeitnehmer verpflichtet, die Legitimation dem Arbeitgeber gleich beim Eintritt in die Beschäftigung vorzulegen.

Die Legitimationen dienen den Zwecken der Sozialversicherung, damit die Versicherten und ihre Familienangehörigen die Versicherungsleistungen rechtzeitig und richtig bewiesen erhalten; es ist demnach in ihrem ureigensten Interesse gelegen, daß sie sich die notwendigen Belege rechtzeitig beschaffen und die Legitimation ordentlich verwahren.

## Die Zentralsozialversicherungsanstalt.

Physikalisch-diätetisches Sanatorium KLEISCHE bei Aussig. Neuzzeitliche Einrichtungen. Telefon Aussig 303. Prospekt.

## Aus der Partei.

Jugendbewegung. S. D. Prag. Heute entfällt der Max Parthel-Abend. Dafür von halb 8 bis halb 10 Uhr in der Sec. Gruppenabend. Instrumente und Liederbücher mitbringen! Vorher, punkt halb 7 Uhr Ausschussführung. Morgen, Donnerstag, 7 bis 9 Uhr Lieder- und Lesabend in der Sec.

Adressen. Wir ersuchen alle Genossen und Genossinnen, welche ihre Wohnadressen der Gruppenleitung noch nicht mitgeteilt haben, dies sofort zu tun, damit der regelmäßige Versand der Zeitungen und Zirkulare wieder ausgenommen werden kann. — Die Gruppenleitung.

## Verbreitet die Arbeiterpresse.

## Sport • Spiel • Körperpflege

## Winterbetrieb bei den Arbeiterschwimmern.

Nachdem der Herbst seinen Einzug gehalten hat, haben sich die Arbeiterschwimmer veranlaßt, ihren Übungsbetrieb aus den Freibädern in die Schwimm- und Turnhallen zu verlegen. Infolgedessen wird nunmehr der direkten Lehrtätigkeit in der Schwimmhalle erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. Der Nichtschwimmerunterricht erfährt einen neuen Aufschwung, Reittschwimmer vertiefen ihr Wissen und versuchen ihr Können, um im kommenden Jahre den Anforderungen, die der Sommer mit seinem Badesport an sie stellt, gewachsen zu sein. Die Wasserballspieler versuchen durch Training eine Verbesserung ihrer Spieltechnik zu erzielen; die Springer sind gewissenhaft bemüht, ihre Kunst den tschechischen Vorschriften anzupassen; die Weitschwimmer sind im allgemeinen bestrebt, ihre Zeiten zu verbessern, während die Anhänger des ausgeprochenen volkstümlichen Schwimmens, insbesondere die Reigenmannschaften, eifrig dabei sind, Vorbereitungen zu treffen, damit auch den Schwimmfesten in Zukunft ein anderer Stempel aufgedrückt

wird, daß auch bei derartigen Veranstaltungen eine neuzzeitliche Festgestaltung zutage tritt.

Bei den Schwimmvereinen, die über keine Schwimmhalle verfügen, beginnt der sogenannte Trocken Schwimmunterricht in den Turnhallen. Er umfaßt die Schwimmlehre, Sprunglehre, Wasserball, Spiel, Reittschwimmen, Gymnastik und Ergänzungsübungen. Daneben ist nicht das Leben der Wasserübungen zum 2. Arbeiter-Olympia 1931 in Wien zu vergessen.

Ausbildungskurse für technische Funktionäre, insbesondere Lehrgänge für Kampfrichter, Schwimmwarte, Regieführer, Reittschwimmer werden durchgeführt. Wanderungen, Vortrags- und Unterhaltungsabende sorgen mit dafür, daß den Schwimmern der Winter nicht allzu lang wird. Auch dem Winterport wird große Aufmerksamkeit geschenkt.

Man sieht, daß die Wasserarten nicht im geringsten daran denken, einen Winterruhezustand anzunehmen, sondern gerade die Wintermonate zu erproblichen Vorarbeiten für den kommenden Sommer ausnützen. Die Arbeiterschwimmer sind also keine Dudenäuser, haben keinen Hang zum Pessimismus. Im Gegenteil, sie bejahen das Leben, freuen sich auf das, was noch kommt und schauen dem Zukünftigen fest ins Auge. Sie sind immer ein frischfröhliches Volk und heißen jeden, der sich ihnen anzuschließen gedenkt, herzlich willkommen.

Reichsdeutscher Arbeiterfußball. Bezirk Dresden: Birklitz gegen Radebeul 3:5, DSW. 15 gegen Cotta 1:4, Posthappel geg. Heidenau 2:2, Helios gegen Schadowitz 4:1, Lobtau gegen Friedrichstadt 5:2, Lokohy gegen Fortschritt 1:0, Straßenbahn gegen Dohna 2:6. — Bezirk Chemnitz: Vorwärts gegen Sturm Frankenberg 3:3 (1:1), BZ. gegen Simson 8:1, Fortuna gegen Sturm Mittelbach 3:5, Sachsen gegen Rapid 5:2. — Bezirk Leipzig: Vorwärts-West gegen FA. Bennewitz 4:2, West 03 gegen Sachsen-Gautsch 2:0, VfL Südost gegen Thelja 3:1, Amateure gegen Frisch auf Wurz 2:0, VfL Südwest gegen Sportfreunde Schönau 3:0, Viktoria 06 gegen Vorwärts-Süd 2:2, Fußballring gegen Nord 4:0. — Bezirk Hamburg: Comet Blankenese gegen BZB. 15 4:2 (0:1), Union 08 gegen BZC. 5:3, Beddel 07 gegen Fortuna Hohenlohe 3:2 (1:1), Herta 09 geg. Hamburg 03 2:1, Lorbeer 06 geg. VfL. 5:1 (2:1), Rasensport gegen Ungarischer SV. 8:1 (3:1).

Städtewettkampf der Kunstturner Berlin-Leipzig-Eberswalde. Aus den im Konfordinapalast in Berlin vor zahlreichen Besuchern ausgetragenen Wettbewerben im Kunstturnen ging Leipzig mit 768 Punkten als Sieger hervor. Den zweiten Rang nahm Eberswalde mit 700 Punkten ein, Berlin erreichte 669. Die Ergebnisse an den Geräten sind nach Punkten: am Barren: Leipzig 262, Eberswalde 246, Berlin 235; am Pferd: Leipzig 246, Eberswalde 219, Berlin 217; am Reck: Leipzig 260, Eberswalde 236, Berlin 217.

Bezirksorganisation Prag der deutschen sozialdemokr. Arbeiterpartei (Bezirksbildungsausschuss).

## Der heiteren und modernen Satire und Groteske

ist der Rezitations-Abend gewidmet, der am Mittwoch, den 22. Oktober d. J., um 20 Uhr im kleinen Vortragssaale der städtischen Bühne, Prag I., Mariánské nám., stattfindet.

Gustav Herrmann,

der den Pragern schon bestbekannte Vortragmeister, wird in diesem vollständig neuem Programm satirische Dichtungen von Erich Kästner, Joachim Ringelnatz, Kurt Tucholsky, Viktor Kurbatkin u. a. in seiner bekannt meisterhaften Art zum Vortrag bringen. Wir laden die Genossinnen und Genossen zu diesem interessanten Abend herzlich ein.

Regiebeitrag K 6.— und K 4.—. Karten sind bei allen Vertrauensmännern oder an der Abendkassa erhältlich.

## Vorträge.

Kirchenfreie Erziehung? Am 31. Oktober spricht um halb 20 Uhr im kleinen Uraniasaal zu Prag der Bürgerchulldirektor i. R. Johann Storch aus Bilsen über „Kirchenfreie Erziehung“, und zwar mit Herrn Pfarrer Lenz. Der Referent behandelt die Frage, welche durch den neuen Erlass des Unterrichtsministeriums über Elternvereinigungen in den Vordergrund des Interesses breiteter Kreise gerückt ist.

## Der Film.

Ein Kulturfilm und ein Unkulturfilm laufen gleichzeitig im Uran-Urania-Kino. Das unter Leitung Professor Frankls jeweils der Volksbildung dient. Der Kulturfilm heißt „Melodie der Welt“ und da Walter Ruttmann seine sanftige Hand dazu reich, die Bilder zu greifen, die ihm die Welt bietet, eine Welt allerdings, die zu sehen ihm die „Gaya“ (als eigenartige Produzentin) gestaltet, kommt das Auge wohl auf seine Rechnung. Aber die „Melodie der Welt“, in der wir heute leben, der Welt der großen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, die Melodie kommt in diesem Film fast gar nicht zur Geltung, klingt nur einmal kurz auf aus Zärci und Gebärde der Renate Stobrawa. Tropdem, der Film zeigt viel Interessantes, einander Anheimelnde, die Völker verbindendes, zeigt Sport und Handel, Bauten und ihre Stilarien, Militär und Kirche — letzteres von einem beinahe kritisch-satirischen Blickpunkt — und ist als Film, der von der gewaltigen Melodie der Welt nur einen schwachen Klang zu vermitteln magt, weil Ruttmann, wie gesagt, wohl nicht scharf auf den Gang der Zeit hören durfte, gut und nützlich. Für das Uran-Kino vielleicht sogar „revolutionär“. Deshalb lief dem Film, nebst einer Wochenschau, ein Unkulturfilm im Beiprogramm voraus. Dieses Unikum, das da der erhaunten Welt von Herrn Prof. Frankl gezeigt wird, wahrheitlich, um die Herzen der deutschen Spieker entweder höher schlagen oder sentimental werden zu lassen, heißt: „In Jena sind alle Mädels, so blond...“ Willen: Studenten mit Couleurtappen und Bändern geschmückt, vor Bierkrügen sitzend mit „Feinsliebchen im Arm“, feiern irgend etwas. Was, das verschweigt die Tonfilm-Apparatur des Uran-Kinos, welche sich dadurch gnädiger und verständiger zeigt als der Leiter des Kinos und sie macht aus dem Mangel ihrer Qualität sogar eine Tugend, da sie das „Schlagerlied“ von den Mädels, die in Jena alle so blond sind (etwas, das sich hier in Prag sicher bei sundigen Friseurern auch erreichen läßt), fast ganz verschluckt. Aber Scherz beiseite: ist es nicht unerhört, daß man in einer Zeit, in der man immer wieder von der Rot des Studenten hört, die den Typ des bewundernswerten Werkstudenten geboren hat, es wagt, dem Publikum, den Studenten als Mitglied einer Lauf- und Freikumpanei zu schildern? Hat der Herr Prof. Frankl dafür kein Gefühl, oder hört er von solchen Studenten zum erstenmal — oder verlangt „sein“ Publikum nach solchem Zeug? Wenn dies der Fall ist, dann hat die volkstümliche Tätigkeit der Urania ein Glas zu verzeichnen. Auf jeden Fall sollte der Film ehrenhalber sofort von der Leinwand verschwinden.

Herausgeber: Siegfried Taub. Chefredakteur: Wilhelm Rechner. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: „Kosa“ A. G. für Zeitung- und Buchdruck. Prag. Für den Druck verantwortlich: Otto Holik. Prag. Die Zeitungsmarktensteuer wurde von der Post- u. Telegraphen-direktion mit Erlass Nr. 13.500/VII/1930 bewilligt.

Togal unübertroffen bei RHEUMA - GICHT KOPFSCHMERZEN. Brauner's Apotheke, Zum Weissen Löwen, Prag II, Prákovy 12. Im Palais Sycra-Tarouca.